

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,25 Goldmark, für das übrige Ausland 5,25 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 21. Mai 1924

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3 Postkontokonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distanz-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Konferenz der Bürgerlichen.

Die Demokraten nachträglich miteingeladen.

Am Dienstag, abends 6 Uhr, verhandelten die Führer der Mittelparteien des Reichstags beim Reichskanzler, um das gemeinsame außenpolitische Programm aufzustellen. Die Ausarbeitung erfolgte durch eine Kommission, die aus Dr. Scholz für die Volkspartei, Dr. Wirth für das Zentrum und Erkelenz für die Demokraten bestand. Auch ein Vertreter der Bayerischen Volkspartei nahm an diesen Beratungen teil. Nachdem die Deutschnationalen inzwischen auch den Demokraten eine Einladung zu einer gemeinsamen Aussprache über die Regierungsneubildung hatten zukommen lassen, beschloß man, am Mittwochvormittag der deutschnationalen Einladung Folge zu leisten.

Wie eine offiziöse Auslassung der Mittelparteien erklärt, werden sich die Verhandlungen unter den fünf bürgerlichen Parteien auf der Grundlage von Richtlinien für die Außenpolitik vollziehen, die von der Deutschen Volkspartei ausgegangen sind. Geffentlich sei bei der Aufstellung dieser Richtlinien, die in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit als außenpolitisches Programm der Mittelparteien bezeichnet worden sind, von jeder ultimativen Form, die eine bestimmte Bindung für die Deutschnationalen enthalten hätte, abgesehen worden. Diese Richtlinien sollten lediglich als Grundlage für die Verhandlungen dienen.

Die Deutschnationalen haben als Verhandlungsführer den Grafen Westarp und die Abgeordneten Hergt und Tirpitz vorgezogen.

Das Zentrum trat am Dienstagabend nach den Besprechungen der Mittelparteien erneut zu einer Fraktions Sitzung zusammen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung am 20. Mai eingehend über die Lösung der Reparationsfrage und die Regierungsbildung verhandelt. Nach Vorträgen der Abg. Dauch und von Raumer ergab sich volle Einmütigkeit über die Behandlung des Guichens der Interalliierten Sachverständigen. Die Fraktion stellte die für sie maßgebenden außenpolitischen Richtlinien fest. Zur Frage der Regierungsneubildung beschloß die Fraktion der Einladung der Deutschnationalen Fraktion zu Verhandlungen Folge zu leisten. Sie hält gemäß ihren früheren Beschlüssen die Zuziehung der deutschdemokratischen Fraktion für geboten.

Die Regierungsfrage in Bayern.

Knilling erledigt. - Regierungsbasis: ein eindeutiges bayerisches Staatsprogramm. - Schwierigkeiten bei den Deutschnationalen.

München, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Todesurteil für die Regierung Knilling und besonders für den patentkrenkterisch verurteilten Ministerpräsidenten selbst, das in der letzten Konferenz der Bayerischen Volkspartei ausgesprochen wurde, wird nunmehr durch einen offiziellen Artikel der Bayerischen-Volkspartei-Korrespondenzen bestätigt. In ihm wird Klage geführt, daß es Bayern seit 1918 an einem wirklich führenden Staatsmann gemißt habe. Das soll zwar kein Tadel an Knilling sein, sondern nur die Feststellung einer gewissen Tragik, die für einen Mann darin liegt, pflichtgemäß ein Amt übernehmen zu müssen mit der sicheren Voraussicht, eines Tages entlassen zu müssen, und zwar so sehr, daß ein Wechsel der Person notwendig wird, um die notwendige Vertrauensgrundlage für eine neue Regierung überhaupt zu schaffen. Ueber die Aufgaben, vor denen jetzt die Bayerische Volkspartei steht, heißt es dann:

„Es handelt sich in der gegenwärtigen geschichtlichen Periode, in der sich unser Land befindet, nicht so sehr um die Austragung innerbayerischer, parteipolitischer Gegensätze, sondern um Sein oder Nichtsein eines bayerischen Staates überhaupt. Am 8. November 1923 ist Bayern vor dem Abgrund gestanden, und die Entfernungen von diesem Abgrund bis zu dem Punkt, wo wir uns heute befinden, ist noch nicht allzu groß. Es gibt deshalb einen Punkt, wo für eine Partei, die mit dem Sein eines bayerischen Staates steht und fällt, kein Kompromiß möglich ist, nämlich dann, wenn es sich um die Gefährdung der Existenz dieses Staatswesens handelt. Wir können uns in Zukunft eine Koalition, der die Bayerische Volkspartei ihre Dienste nicht versagen soll, nur vorstellen, wenn sämtliche Mitglieder einer solchen Koalition auf ein klares, eindeutiges bayerisches Staatsprogramm verpflichtet werden, das die Wiederherstellung eines geeinigten bayerischen Staatswesens und die Zurückgewinnung jener Machtmittel, die ein Staat zu seiner Existenz braucht, als praktisches Ziel im Auge hat. Das steht zunächst ein Programm der Erkräftigung der unbedingten Staatsautorität voraus.“

Die Verhandlungen zur Neubildung der bayerischen Regierung werden erst nach der konstituierenden Fraktions Sitzung der Bayerischen Volkspartei am kommenden Freitag beginnen. Es wäre natürlich, wenn der Vorsitz der Anti-Knilling-Politik, der Justizrat Pfleger, nunmehr auch das Kommando in der neuen Regierung übernehme und die Bayerische Volkspartei wäre angeblich trotz Pflegers Beziehungen zum Zentrum auch bereit, ihn zum Ministerpräsidenten zu machen. Pfleger soll aber von vornherein

Die Demokratische Fraktion beschloß am Dienstag, im Plenum des Reichstags Anträge über die Aufhebung des Bergbauabbaues und des Pensionstärkungsgegesetzes, die Einführung des Wahlrechts für Seeleute auf hoher See usw. einzubringen. Die Seeleute sollen nach ihrer Rückkehr in die Heimat ihre Stimme abgeben können, deren Berechnung dann auf der Reichsliste erfolgt. Ferner beabsichtigt die Fraktion, ein Journalistengesetz und eine Verkleinerung der Wahlkreise zu verlangen. Die kommunistische Fraktion des Reichstags hat ihre erste Fraktions Sitzung auf Dienstag, den 27. Mai, vormittags 10 Uhr berufen.

Das Schreiben der Deutschnationalen.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Montag an die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Das Ergebnis der Wahlen und die dadurch geschaffene innere und äußere Lage erfordern nach unserer Auffassung sofort vorbereitende Verhandlungen über die Regierungsbildung. Die Einladung zu der gemeinsamen Sitzung ergeht am Mittwoch, den 21. Mai, 10 Uhr vormittags im Reichstag. Diese Einladung haben wir einweisen nur an Zentrum, Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei gerichtet, indem wir davon ausgehen, daß so am raschesten eine Klärung der Lage herbeigeführt werden könnte. Inwieweit eine Verbreiterung der etwaigen Regierungsbasis sich ermöglichen läßt, bitten wir zunächst der mündlichen Verhandlung vorbehalten zu wollen.“

Die Demokraten waren für die Deutschnationalen zunächst nicht verhandlungsfähig, denn obwohl man es hätte annehmen sollen, wurde ihnen das Schreiben anfangs nicht übermittelt. Die Deutsche Volkspartei erklärte sich am Dienstag trotzdem bereit, der Einladung der Deutschnationalen Fraktion zu Verhandlungen Folge zu leisten, hielt jedoch gemäß ihrem früheren Beschluß die Zuziehung der deutschdemokratischen Fraktion für geboten. Konsequenter verhielt sich das Zentrum, schon mit Rücksicht darauf, daß es gegenwärtig mit der Demokratischen Fraktion zusammen die Regierungsgeschäfte führt. Es lehnte die Einladung der Deutschnationalen ab, behielt sich jedoch vor, einer neuen Einladung zu entsprechen, wenn die demokratische Fraktion an diesen Verhandlungen auch teilnehmen kann.

abgelehnt haben. Die bisherige Zurückhaltung in der Frage des künftigen Ministerpräsidenten erklärt sich aus den in Aussicht stehenden Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit den Deutschnationalen. Diese wollen als Justizminister wiederum Dr. Gürtner vorschlagen, der von der Bayerischen Volkspartei offiziell verantwortlich gemacht wird für die Justizkatastrophe im Hitler-Prozess „und überhaupt für den kläglichen Zustand, in dem sich die bayerische Justiz befindet“. Am liebsten würde die Bayerische Volkspartei selbst das Justizministerium übernehmen. Da sie aber weder das Innenministerium, noch das für Kultur und Unterricht aus den Händen geben will, mangelt es ihr an einer für die Deutschnationalen geeigneten Kompensation. Den Deutschnationalen dürfte also das Justizministerium bleiben, nur wird die Bayerische Volkspartei verlangen, daß sie einen neuen Mann vorschlagen, wie sie das selbst für die übrigen Ministerien tun will. Nur wenn der neue Ministerpräsident besonderen Wert auf die Mitarbeit eines bisherigen Ministers legen sollte, werden ihm keine Schwierigkeiten gemacht. Das dürfte auch für den Minister Dr. Schwenker gelten, und zwar trotz seiner Bloßstellung durch den Brief an die Weissen. In seiner amtlichen Verlautbarung wird versucht, den allgemein schlechten Eindruck, den dieser Brief in allen politischen Lagern auch in Bayern hervorgerufen hat, zu verwischen. Dieser Versuch ist aber mit völlig unzulänglichen Mitteln unternommen, denn er bestätigt von neuem die politische Unzulänglichkeit des Herrn Schwenker.

Der Völkische Block konstituiert sich.

München, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Als erste der Parteien des neuen Bündnisses trat am Dienstag die 23 Mann starke Fraktion des Völkischen Blocks zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. An den Beratungen nahm auch der in Oberfranken gewählte Hochverräter Poehner teil, der angeblich wegen Krankheit immer noch von der Verbüßung seiner viermonatigen Festungshaft in Landsberg entbunden ist. In der Vormittags Sitzung war auch Ludendorff anwesend. Dem Vernehmen nach wird die erste „befreiende“ Tat der Völkischen im Landtag in einem Antrag an den Wahlprüfungsausschuß bestehen, um entgegen der Entscheidung des Landeswahlausschusses der Sozialdemokratie zugunsten der Deutschnationalen ein Mandat abzugeben, wodurch die Völkischen zur zweitstärksten Fraktion würden und damit Anspruch auf den ersten Vizepräsidenten hätten. Die Beratungen der Völkischen nahmen den ganzen Tag in Anspruch.

Schlageter-Feier in Hessen verboten. Eine für Sonntag vormittag auf dem Sportplatz der Technischen Hochschule in Darmstadt geplante Schlageter-Feier ist in der beabsichtigten Form verboten und nur unter der Bedingung gestattet, daß sie in einem geschlossenen Raum stattfindet.

Der Kampf um die Führung.

Bürgerblock oder Regierung der Mitte?

Die Deutschnationalen hatten, wie schon berichtet, an das Zentrum, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei die Einladung zu einer Konferenz gerichtet, die abgelehnt wurde, weil die Demokraten nicht mit eingeladen waren. Die Deutschnationalen haben nun einen Pflöck zurückgesteckt und den formalen Fehler, dessen tiefere politische Wichtigkeit zu deutlich war, wiedergutmacht. Sie haben auch die Demokraten miteingeladen, und die Konferenz soll heute vormittag um 10 Uhr im Reichstag beginnen.

Die Rollenverteilung ist ziemlich klar. In den Mittelparteien gibt es nur wenige Leute, die den Bürgerblock wünschen, weil ihre Auffassungen über außen- und innenpolitische Fragen mit denen der Deutschnationalen übereinstimmen. In bestimmten Teilen des Zentrums und der Demokratischen Partei ist die Abneigung gegen jeden Bürgerblock stark. Dort fürchtet man, der Teufel werde die ganze Hand nehmen, wenn man ihm den kleinen Finger reicht, man fürchtet eine wachsende deutschnationale Beeinflussung der Regierungsgeschäfte mit verheerenden außen- und innenpolitischen Folgen.

Vorherrschend bei der Mitte ist zurzeit jedoch die taktische und die ein wenig machiavellistische Absicht, die Deutschnationalen in die Regierung mit hineinzunehmen, um sie als Opposition unschädlich zu machen und sie in den Augen ihrer bisherigen Anhänger zu kompromittieren. Die Deutschnationalen aber merken das, sie haben das Schicksal der Volkspartei vor Augen, sie haben die völkische Demagogie im Nacken, deren Einfluß keineswegs an der Fraktionsgrenze endet, sondern weit in ihre eigenen Reihen hineinreicht. Sie fürchten die Enttäuschung ihrer Wähler und die innere Spaltung.

So ergibt sich zwischen den Unterhändlern der Rechten und denen der Mitte ein Spiel, bei dem man an die Worte des österreichischen Liedes denken mag: „Und a kloans biffel Falschheit is allweil dabei.“ Es ist sogar nicht nur ein kleines bißchen Falschheit dabei, sondern sogar ziemlich viel.

Daraus erklärt sich auch, daß die „Kreuz-Zeitung“ von gestern abend noch recht hoch auf dem Pferd sitzt. Sie begründet die inzwischen widerrufenen Nichteinladung der Demokraten mit deren angeblicher „Neigung zur Sozialdemokratie“, derentwegen „man sie nicht ohne weiteres in den Kreis von Verhandlungen ziehen könnte“. Sehr heftig wendet sie sich gegen die Erklärung der Zentrumstraktion, bei ihr herrsche Einigkeit darüber, daß die Führung der Politik bei der Mitte verbleiben müsse. Sie schreibt dazu:

Wenn hier die Auffassung des Zentrums richtig wiedergegeben ist, so können wir nur erwidern, daß sich das Zentrum in einem wesentlichen Irrtum befindet. Davon kann selbstverständlich keine Rede sein, daß die Deutschnationalen als ein Anhängel an die bisherige Ministerregierung hineingehen, um womöglich der Politik von Herrn Marx und Stresemann eine breitere Grundlage zu geben. Das würde darauf hinauslaufen, daß das ganze Wahlergebnis annulliert wird und die Deutschnationalen zu einer Mittelpartei gestempelt werden. Es liegt auf der Hand, daß dies auch keineswegs im Interesse unserer Außenpolitik liegen würde. Es soll gerade zum Ausdruck gebracht werden, daß jetzt eine andere, dem Wahlergebnis entsprechende Richtung eingeschlagen wird. Diese Wendung kann aber niemals „unter Führung der Mitte“ vorgenommen werden, sondern nur unter der deutschnationalen Seite, ganz abgesehen davon, daß dieser Partei nach den Stärkeverhältnissen die Führungsrolle am ersten zukommt.

Damit ist zunächst einmal klar ausgesprochen, daß die Deutschnationalen die Führung im Bürgerblock und die Preisgabe der bisherigen Außenpolitik verlangen. Aber damit ist ihr Wunschzettel noch keineswegs erschöpft. In einem besonderen Aufsatz beschäftigt sich die „Kreuz-Zeitung“ mit der „Preußenfrage“. Sie läuft Sturm gegen die große Koalition, besonders gegen den preussischen Innenminister, Genossen Severing, und erklärt:

Was wird aus Preußen werden? Es ist selbstverständlich, daß die Deutschnationale Volkspartei ihre gesamten Kräfte dazu benutzen wird, Preußen dem wahren Preußentum wieder zuzuführen; auf welchem Wege das geschehen kann, und zwar so geschehen kann, daß nicht wieder ein Kompromiß mit allen seinen Bann und Aberstanden kommt, läßt sich nicht unbedingt festlegen. Viel wird abhängen von der Haltung der übrigen bürgerlichen Parteien, nicht zuletzt von der Haltung der Deutschen Volkspartei, die bisher in Preußen den Intentionen Stresemanns gehoramt folgend, die Geschäfte Herrn Severings mit besorgt hat und nicht zuletzt dafür bei den Reichstagswahlen ungefähr 1 Million Stimmen verlor.

Die Deutschnationale Partei verlangt also die Führung in der äußeren und in der inneren Politik, in Preußen und im Reich. Das ist ein bißchen viel auf einmal, und es ist leicht möglich, daß man bei den heutigen Verhandlungen eine etwas bescheidenere Sprache sprechen wird. Aber das ist sehr nebensächlich.

Wie weit es den Deutschnationalen erst damit ist, der äußeren Politik „eine andere Richtung“ zu geben, mag dahingestellt bleiben. Es mag sein, daß sie sich auf diesem Gebiet damit begnügen wollen, ihren Anhängern Sand in die Augen zu streuen, und daß sie selber vor dem neuen Zusammenbruch Deutschlands, den ihre Außenpolitik zur Folge haben müßte, zurückschrecken. Aber sicher ist, daß es ihnen bitter ernst damit ist, nach innen die Führung zu bekommen, die Zoll- und Steuergesetzgebung und die Verwaltung maßgebend zu beeinflussen. Sicher ist es ihnen bitter ernst mit dem „wahren Preußentum“, das seinen Ausdruck fand in dem bis zuletzt jah verteidigten Dreiklassenwahlrecht, den Ortsbezirken und Besondereordnungen, in der Scheidung der ganzen Bevölkerung in eine Herrenkaste und eine rechtlose Untertanenschaft.

Von dem Tag an, an dem die Deutschnationalen in die Regierung einträten, würde die ganze innere Politik eine Kette von Konflikten werden, von der man weiß, wo sie anfängt, aber nicht weiß, wo sie endet. Sie würde beginnen mit der Begünstigung des rechtsgerichteten, monarchistischen Putschismus und mit dem Kampf gegen alle republikanischen und sozialistischen Bestrebungen, nicht nur die kommunistischen, sondern auch die legalen sozialdemokratischen. Wir würden dann wie in Bayern das Schauspiel genießen, daß in der Republik die Republikaner geächtet wären — wie weit sind wir noch davon? —, und daß die höchste verfassungsmäßige Gewalt von den Feinden der bestehenden Verfassung ausgeübt würde.

Das müßte ertragen werden, wenn die Wahlen diesen Feinden der Verfassung die Mehrheit verschafft hätten. Aber das ist bekanntlich nicht der Fall. Die Deutschnationalen würden nicht Zentrum, Volkspartei und, mit Hängen und Würgen, schließlich auch die Demokraten zur Konferenz geladen haben, wenn sie die Wahlen, wie sie immer behaupten, wirklich zur Regierung berufen hätten. Das Schicksal der Republik liegt jetzt in den Händen der Mittelparteien, es kann nur von diesen in die Hände der Deutschnationalen gelegt werden.

Wir haben den Mittelparteien keinen Vorschlag zu machen und keinen Rat zu erteilen. Aber nichts kann uns hindern, ihre Verantwortung dafür festzustellen, was aus Deutschland wird.

Schweyers private Sympathien.

Eine Erklärung des bayerischen Innenministers.

Der bayerische Innenminister Dr. Schwyer erklärt zu seinem an die Deutsch-Hannoversche Partei gerichteten Schreiben:

„Es ist diesem Privatbrief eine Bedeutung beigelegt worden, die ihm niemals zukommt. Ich habe eine private Einladung, in Hannover ein Referat zu übernehmen, in einem persönlichen privaten Schreiben mit höchstem Danke abgelehnt, dabei allerdings für die Bestrebungen der föderativ gerichteten Partei eine gewisse Sympathie zum Ausdruck gebracht. Weber die bayerische Regierung noch die Bayerische Volkspartei hätte mit diesem Brief etwas zu tun, von einem Eingreifen des bayerischen Ministeriums des Innern in preussische Angelegenheiten kann somit keine Rede sein. Der Brief war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Seine Bewertung bei der Abstimmungspropaganda hat nicht in meinem Sinne gelegen.“

Die Erklärung Schweyers ist ein nachträglicher Versuch, die Wirkungen seines Schreibens abzuschwächen. Daß die bayerische Regierung oder die Bayerische Volkspartei direkt mit dem Brief etwas zu tun hatten, ist nie behauptet worden. Wenn aber Schweyer weiter erklärt, daß auch von einem Eingreifen des bayerischen Ministeriums in preussische Angelegenheiten keine Rede sein könne, so ist dieser Standpunkt unhaltbar. Schweyer ist keine Privatperson, sondern bayerischer Innenminister; als solcher war er von den Partikularen in Hannover eingeladen worden, und er mußte sich in seiner Abgabe der Bedeutung seiner Worte

bewußt sein. Ein Minister, der einer der Zerschlagung eines Nachbarlandes beireibenden Partei im entscheidenden Augenblick seine Sympathien übermitteln will, ist eine Figur, die — nur in Bayern denkbar ist. Was hätte die bayerische Regierung getan, wenn der preussische Innenminister den Bestrebungen der Pfälzer auf Auflösung von Bayern im Rahmen des Deutschen Reiches seine Sympathien ausgedrückt hätte?

Innenminister Severing an Oberpräsident Noke.

Der Minister des Innern, Gen. Severing, hat an den Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Noke, folgendes Schreiben gerichtet:

„Die gestrige Vorabstimmung in der Ihnen anvertrauten Provinz Hannover hat gezeigt, daß die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der Provinz an Preußen festhält und die welfischen Absonderungsbestrebungen ablehnt. Dieses Ergebnis ist um so erfreulicher, als die welfische Agitation eine außerordentliche Regsamkeit und Bedenkenlosigkeit entfaltet hat. Neben dem gefundenen Sinne der Bevölkerung, der in richtiger Erkenntnis der unabweisbaren Folgen einer Absonderung Hannovers, besonders in dem gegenwärtigen Augenblick, den welfischen Einflüsterungen kein Gehör schenkt, ist Ihrer und Ihrer Mitarbeiter hingebende Arbeit, Herr Oberpräsident, dieser für den Fortbestand Preußens entscheidende Erfolg mit zu verdanken. Ich spreche Ihnen hierfür den Dank der Preussischen Staatsregierung aus und hoffe, daß es Ihnen gelingen wird, durch eine gerechte und verständliche Verwaltung die Bevölkerung der Provinz immer mehr dazu zu überzeugen, daß ihre Interessen im Bunde Preußen am besten gewahrt sind.“

(gez.) Severing.

Der preussische Innenminister hätte hinzufügen können, daß zu denen, die eine bedenkenlose Propaganda gegen Preußen getrieben haben, auch die Deutschnationalen gehören. Sie haben noch kurz vor der Abstimmung in einem Aufruf an die Hannoveraner erklärt, daß sie an einem starken Preußen kein Interesse haben, solange sie nicht die Regierungsgewalt in Preußen haben und sie sehen ihre antirepublikanische Politik jetzt noch mit der ihnen eigenen Skrupellosigkeit fort.

Was wird aus Quack?

Die deutschnationale Presse meldet den Eintritt des ehemaligen Volksparteikers Marek in die deutschnationale Reichstagsfraktion. Sein Wandlungsgenosse Dr. v. Versner ist durchgefallen, so daß sich die deutschnationale Fraktion nicht mit der kläglich Frage zu beschäftigen braucht, ob der Sohn einer geborenen Josephiade Aufnahme in ihre rassenkeine Mitte finden kann. Dagegen bleibt noch immer der Fall Quack, denn Herr Quack ist der Sohn einer geborenen Oppenheim. Frau Gierke wurde bekanntlich feinerzeit nicht wieder als Reichstagskandidatin aufgestellt, weil sie sich in der gleichen Verdamnis befand wie v. Versner und Quack.

Hergt und die Seinen.

Die Parteiführung der Deutschnationalen setzt die absichtliche Unklarheit über ihr außenpolitisches Programm fort, um sich den Weg zur Macht nicht zu versperren. Die Deutschnationalen im Bunde sehen jedoch die Konzeption an die Erfüllungspolitik. Sie opponieren auf das bestmögliche gegen Hergt. Die „Pommersche Tagespost“ greift Hergt auf das heftigste an:

„Was aber gelang?“ Czylensz Hergt ließ sich verteidigen, dem Vertreter eines Berliner Blattes Erklärungen abzugeben hinsichtlich der beabsichtigten Politik der Deutschnationalen Volkspartei. Das war nicht nur vollkommen unangenehm, es mußte direkt schädlich wirken. Hier war es noch schlimmer; denn die Darlegungen Hergts konnten tatsächlich ohne besonderen Aufwand an Deutungskünsten im Sinne der politischen Linie Stresemanns verfaßt werden. . . .

Man spricht ein offenes Geheimnis aus, wenn gesagt wird, daß die Erklärungen Hergts in weitesten Wählerkreisen der Deutschnationalen Partei peinliche Verwunderung, ja Verstimmung auslösten.

Wir können uns nicht denken, daß Czylensz Hergt grundsätzlich anderer Meinung sein sollte wie Helfferich, dem er in treuer Waffenbrüderschaft verbunden war, oder auch wie Dr. Bang.

Die „Pommersche Tagespost“ fordert schließlich gradlinige Außenpolitik statt mißverständliche Erklärungen. Die Mittelparteien, die sich mit den Deutschnationalen einlassen wollen, müssen damit rechnen, daß angefangen der heftigen Opposition gegen Hergt und Westarp alle Erklärungen, die ihnen von dieser Seite über die Fragen der Außenpolitik gegeben werden, sehr ungewisse Beschaffenheit, gegen die ein großer Teil der Deutschnationalen von vornherein protestiert.

Der Kampf um die äußerste Rechte.

Die Verteilung der Reichstagsplätze.

Unter Vorsitz des bisherigen Reichstagspräsidenten, Genossen Böbe, wurden am Dienstagabend in einer Sitzung sämtlicher Parteiführer die Sitze im Plenarsitzungsfaale des Reichstags unter die einzelnen Parteien verteilt. Eine gütliche Regelung war in langer und bewegter Verhandlung nicht zu erzielen. Die Verteilung mußte schließlich durch Mehrheitsbeschlüsse vorgenommen werden, wobei sich mehrfach eine äußerst knappe Mehrheit ergab. Die Völkischen erhoben zunächst Anspruch auf die äußersten Rechte, die ihnen von den Deutschnationalen energisch bestritten wurde. Schließlich entschieden die Parteiführer in einer Abstimmung, wobei jede Partei eine Stimme hatte, mit 5 gegen 4 Stimmen, daß die Deutschnationalen ihre bisherigen Plätze auf der äußersten Rechten behalten. Nunmehr protestierte die Deutsche Volkspartei dagegen, daß die Völkischen zwischen Volkspartei und Deutschnationalen eingeschoben werden. Aber dieser Protest wurde mit 5 gegen 4 Stimmen abgewiesen, und zwar in der Hauptsache deshalb, weil sonst voraussichtlich alle Gruppen sich die Nachbarschaft der Völkischen verbieten hätten. Die endgültige Platzverteilung wird nach der nunmehr getroffenen Entscheidung von rechts nach links folgendermaßen sein: 1. die Deutschnationalen, 2. die Nationalsozialistische Freiheitspartei (Völkische), 3. Deutsche Volkspartei, 4. Bayerische Volkspartei, (hinter dieser sitzen die vier Deutschsozialisten mit Knüppel-Kunze an der Spitze). Nach links schließt sich weiter an: 5. der Wirtschaftsbund, eine Fraktion, die sich unter der Führung von Prof. Bredt aus drei Bayerischen Bauernbündlern, fünf Welfen und sieben Mittelständlern gebildet hat, 6. Zentrum, 7. Demokraten, 8. Sozialdemokraten, 9. Kommunisten. Die Plätze werden durchweg so angeordnet, daß möglichst jede Fraktion einige Sitze im Vordergrund erhält.

Reeder-Besorgnisse.

Und Roederns Reise nach Berlin.

Die „Deutsche Zeitung“ läßt sich aus Hamburg melden, in dem dortigen Reederkreise herrsche große Besorgnis, die gegenwärtige Regierung könne das Abkommen über das Sachverständigengutachten unterzeichnen, ohne den Reichstag zu fragen. Deshalb sei der jetzige Vorsitzende des Reederbundes, der frühere Staatssekretär von Roedern, beauftragt worden, nach Berlin zu reisen, um „sich zu informieren“, d. h. um auf die Regierung den Druck einer industriellen „Rebenregierung“ auszuüben.

Das ganze ist selbstverständlich ein deutschnationaler Bluff. Es ist allgemein bekannt, daß die Regierung das Sachverständigengutachten als Grundlage der Reparationsregelung bereits angenommen hat. Eine weitere Unterzeichnung von Abkommen kommt zurzeit überhaupt nicht in Frage. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß über die endgültige Regelung der Reichstag zu entscheiden hat. Und von dieser Selbstverständlichkeit ist auch die Regierung überzeugt.

Am 26. und 27. Mai findet in Münster eine Hauptausführung des preussischen Städtetages statt. Auf der Tagesordnung steht die Rechtsstellung der Gemeinden auf dem Gebiete des Volks- und höheren Schulwesens, sowie die Verwaltungsreform. Die Fraktionsvorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktionen müssen dafür sorgen, daß unsere Genossen recht zahlreich delegiert werden.

Sir Edward Goschen, früherer englischer Botschafter in Berlin ist gestorben.

Utopia.

Von Frank Crane (New-York).

Utopia ist wirklich als diese Welt. Ich besitze ein Haus in Utopia und kehre nur hier und da hierher zurück, um meinen Lebensunterhalt zu verdienen.

Utopia ist ein großes Land, das Land der Träume, das Land der reinen Vernunft, ein Land, das ist, wie ein Band sein sollte und sein wird. Dort hat jeder Hans seine Orde und der Schaumkuchenbrot steht nicht auf stehendem Bach voll süßen Whornkastel.

Die Himmel sind dort jedem erreichbar, der darum bittet, und Gott wohnt im Nebenzimmer — wenn du es nur glaubst. Denn es ist ja nur der Unglaube, der diese Welt frieren macht und in Schreden hält.

Beschäftigung gäbe es dort für jedermann und dazu reichlichen Lohn — wenn wir es nur alle so wollten.

Unsere Städte würden schön sein wie griechische Tempel, die in den Gärten des Paradieses errichtet wurden, unsere Häuser licht und heiter, unsere Möbel den Augen ein Entzücken, unsere Nahrung würde reichlich und gut zubereitet, unsere Verdauung würde vollkommen, unsere Körper würden stark und schön und unsere Neigungen die angenehmsten sein — wenn wir nur so denken wollten!

Wie mächtig und unwiderstehlich ist der Gedanke, wenn wir ihn nur leben lassen!

So bist du ins Leben gekommen: irgendwer träumte, sehnte sich und liebte — und so entstandest du. Und so auch wurde das Weltall. Denn die Schöpfung, soweit sie für dich in Frage kommt, entstand erst, als du geboren wurdest. Vorher gab es weder Sterne noch Kontinente, weder Freude noch Schmerz.

Gute Zeiten und Wohlstand für alle kommen, wenn die Menschen glauben, daß sie kommen werden. Paniken entstehen aus der gleichen Ursache.

Tyrannie, Grausamkeit und Unterdrückung sind Vernaunungen: die Menschen glauben nicht an Freiheit, Güte und Duldung. Wenn jedermann die Demokratie denkt, ist die Demokratie da, die in den Ruffen auf ihr Schwert wartet. Der einzige Grund, warum es keine Weltbrüderlichkeit und noch immer Kriege gibt, liegt darin, daß wir nicht daran denken wollen, sie zu schaffen oder zu vermeiden.

Wir werden eine Weltbrüderlichkeit und alle ihre Vorteile im gleichen Augenblick erreicht haben, wo wir die Menschen dazu bringen, eine Weltgemeinschaft zu denken. Jedermann wird reine Milch und bekömmliches Brot durch eine vollkommene soziale Maschine zur Tür gebracht werden, jeder Kranke wird gut gepflegt, jeder Arbeiter die ihm zuzugende Arbeit finden, jede Stadt wird eine ideale Verwaltung haben, eine Nation wird die hilflose Schwester der anderen sein und die ganze Menschheit wird so sanft

dahingeleiten wie ein 7000-Dollar-Automobil — im Augenblicke, wo wir aufhören zu zweifeln, daß alles so sein kann!

Utopia ist gleich um die Ecke herum zu finden — wir müssen nur an Utopia glauben.

Wahrhaftig, es schweben genug großartige, erlösende Ideen um uns herum, die uns Utopia bringen könnten — nur glauben wir halt nicht daran! Wir glauben nur an jene stunden Bügen, die wir als praktische Wirklichkeiten bezeichnen!

Brüderlichkeit, Vertrauen, Gemeinschaft und Gerechtigkeit sind da, wenn wir ihnen die Möglichkeit geben, ihr Glück zu versuchen!

Töten wir den Krieg! Töten wir alle anderen Uebel, die uns bedrohen! Kommt, glauben wir sie zu Tode!

Daß uns die Hölle unter Wasser setzen und ihre Feuer verlöschen!

Kommt, überfiedeln wir nach Utopia!

(Uebersetzen von Rag Hagel.)

Die Entstehung des Kahlkopfes.

Für die unmittelbare Ursache der Glatze hielt man bisher eine Ernährungsstörung der Haarpapillen, da man glaubte, daß durch eine übermäßige Hauttaugabsonderung den Haarpapillen wichtige Nährstoffe entzogen würden, was ihr Absterben zur Folge habe. Nun hat jedoch in jüngster Zeit der Forscher Stein Untersuchungen über die Entstehung der Glatze angestellt, die merkwürdigerweise zu ganz anderen Schlüssen führen.

Seine Untersuchungen, über die er in der „Wiener klinischen Wochenschrift“ berichtet, gingen davon aus, festzustellen, wie die normale Haargrenze bei Männern, Frauen und Kindern überhaupt beschaffen ist. Schon die Ergebnisse dieser Untersuchung sind sehr bemerkenswert; es zeigte sich nämlich, daß der Verlauf der vorderen Haargrenze bei Kindern beiderlei Geschlechts zunächst keinen Unterschied erkennen läßt und in Form eines Bogens oder einer Haube den Schädel bedeckt. Nach erfolgter Geschlechtsreife beginnt sich nun auf einmal die bisher bogenförmige Linie dieser Haargrenzen merklich zu verändern, und zwar in der Weise, daß sich der Haarboden zu beiden Seiten der Mittellinie nach und nach lichtet. Dadurch entstehen auf beiden Seiten der Stirn einpringende Winkel, die sich immer mehr vergrößern und endlich zwei dreieckige Hautfelder freilegen, wodurch die vordere, bogenförmige Haargrenze in eine gebogene Linie verwandelt wird. Diese Linie weist dann in der Stirnmittlinie auch oft jene vorspringende Zade auf, von der die griechischen Künstler, da sie ihnen als Merkmal männlicher Schönheit galt, so sehr entzückt waren.

Die Entstehung dieser beiderseitigen, dreieckigen kahlen Flächen steht nun mit dem eingangs erwähnten Haarschwund in keinem Zusammenhang; denn nach Stein stellen diese Flecken, die je früher der Knabe zum Mann heranreift, auch desto früher auftreten, nichts anderes dar als einen „bis her unbeachteten, männlichen, sekundären Geschlechtscharakter“. Sie sind also einfach ein Zeichen der vollendeten männlichen Körperausbildung. Auch die Glatze ist nun keine Folge des durch die Ernährungsstörung der Haarpapillen ent-

standenen Haarschwundes, sondern sie tritt beim Mann, der an Haarschwund leidet, nur gleichzeitig mit diesem auf. Beide können als Ergebnis einer gesteigerten Keimbildungsintensität betrachtet werden. Beim Mann, der nicht mit Haarschwund behaftet ist, bleibt der sekundäre Geschlechtscharakter eben nur auf die kahlen Flecken an den beiden Stirnseiten beschränkt, wogegen im anderen Fall, d. h. beim Mann, der zu Haarschwund neigt, sich allmählich außer den beiderseitigen kahlen Stellen auch ein anderes Zentrum von Haarlosigkeit bildet, das am Scheitel lokalisiert ist. Im Laufe der Zeit nimmt diese Scheitelhaarlosigkeit immer mehr und mehr zu, und wenn sie sich schließlich mit den kahlen Seitenflecken vereint, entsteht der vollständige Kahlkopf und zugleich eine ganz neue und veränderte Haaranzuge, die nunmehr von den Schläfen oberhalb der Ohrenschalen bis zum Hinterhauptshöcker reicht. Durch Zuchtwahl und Vererbung hat die Glatzebildung im Laufe der Generationen natürlich auch ständig an Umfang zugenommen.

Die weitaus seltenere Glatzebildung bei Frauen erfolgt in der Regel erst in reiferem Alter, während sie beim Mann oft schon in ziemlich jungen Jahren eintritt. Auch bei der Frau stellt die Glatze aber dann einen „männlichen Typus“ dar, wie denn bei diesen Frauen sich in diesen Jahren auch leichter Vorwuchs zeigt. Den Haarschwund bezeichnet Stein als ein „beiden Geschlechtern gemeinsames Domestikationsmerkmal“.

Ein neuentdeckter Turm von Babel. Bei den Ausgrabungen, die die Expedition des Londoner Britischen Museums zusammen mit der Unterstaatssekretärin von Babel auf der Stelle der alten Chaldäerstadt Urr veranstaltet hat, war die schwierigste Aufgabe, den großen Terracellenturm oder Ziggurat freizulegen. Bevor die Arbeit begonnen wurde, war dieser Turm, dessen gewaltige Ausmaße der biblischen Erzählung vom Turmbau zu Babel am nächsten kommen, nur ein großer Trümmerhaufen mit steil abfallenden Hängen, der sich von den anderen Trümmerhaufen durch nichts als seine Höhe unterschied. Heute ragt ein mächtiger Ziegelbau in den Himmel, dessen Größe und vorzügliche Erhaltung ihn zu dem großartigsten Monument des Altertums in Mesopotamien macht. Auf einer künstlich aufgeführten Terrasse, die sich hoch über der Ebene erhebt, steht ein rechteckiges Bauwerk von 195 Fuß Länge, 150 Fuß Breite und 60 Fuß Höhe. Der ganze Bau ist in einem Mauerwerk aufgeführt, das für die Ewigkeit berechnet zu sein scheint. Die Mauer der unteren Terrasse mit ihrem dreifachen Treppentritt wurde von Ur-Nugur erbaut, der um 2350 v. Chr. König von Ur war. Die gewaltige Anlage des Ganzen sowie die mächtige Würde der Formen ist wohl einem König angemessen, der hier eine neue Dynastie begründete. Der obere Teil des Baues, soweit er erhalten ist, stammt aus der Zeit des letzten Königs von Babylon Nabonidus, der etwa 535 v. Chr. die Wiederherstellung des alten Turmes in die Hand nahm. Wenn man die ungeheure Masse dieses 4000 Jahre alten Denkmals betrachtet und an die Arbeit denkt, die das Aufstehen dieser Ziegelmaße erfordert, heißt es in dem Bericht der „Times“, dann wird man unwillkürlich an den Turmbau von Babel erinnert, und man fragt sich, warum Menschen jemals solch eine ungeheure Leistung unternommen haben und warum jede bedeutendere Stadt Mesopotamiens seinen Ziggurat hatte. Die Antwort ist einfach. Die Summierer, die Erbauer dieser Türme, waren

Eine Aufgabe des Linksblocks.

Degoutte, der Poincarist.

Die Führer der neuen französischen Kammermehrheit haben noch vor dem Zusammenritt des Parlaments öffentlich vor aller Welt die Verständigung mit dem deutschen Volk und die Schaffung des wirklichen und dauernden Friedens als ihr außenpolitisches Hauptziel aufgestellt. Selbst wenn sie es nicht getan hätten, so wußte jedermann auch vorher schon von den Sozialisten, aber auch von Männern wie Herriot und Painlevé, daß dies ihr Ziel ist.

Nun vollziehen sich eben in diesen Tagen in Frankreichs Namen Ereignisse, die der Verständigungspositiv gerade entgegengesetzt sind: In Düsseldorf, zu dessen Befehl nicht einmal der Versailler Frieden Frankreich ermächtigt, hält Frankreich widerrechtlich eine große Garnison, ja es hat sogar das Oberkommando der ganzen französischen Rhein- und Ruhr-Armee dort eingerichtet. Obwohl Düsseldorf nicht zu dem laut Versailler Frieden besetzten Gebiet gehört, sondern nur aus dem sehr bestrittenen Rechtsstil der Sanktionen dazu gemacht wurde, obwohl ferner selbst das als besetzte Gebiet nie und nimmer dem französischen Militarismus als Unterbringungs- und Ausbildungsgelände für beliebige starke Truppenmassen zu dienen bestimmt ist, hat man schon vor längerer Zeit die Stadt Düsseldorf durch schwere Erpressungen gezwungen, nicht nur zahlreichen ihrer Bewohner die Wohnungen oder Wohnungsteile zugunsten französischer Heeres- oder Trostangehörigen wegzunehmen, sondern auch sogar kostspielige Kasernen zu bauen. Dies ungeachtet der vorhandenen deutschen Kasernen!

Aber das genügt dem General Degoutte nicht mehr. Er befiehlt der Stadt Düsseldorf, eine weitere Artilleriekaserne, zunächst für zehn Batterien, und entsprechende Werkbestände zu bauen, was die ohnehin schon schwer belastete Stadt mindestens 16 Millionen Goldmark kosten würde. Es soll nämlich die widerrechtlich vorhandene rechtsrheinische Franzosen-Armee gemäßigt vermehrt werden. Alle Vorstellungen der finanziellen Untragbarkeit dieser Belastung und obendrein der Rücksichtigkeit dieser Gebäude nach dem Abzug der Sanktionsbefehlungen waren vergebens. Degouttes Rechtsstandpunkt ist, daß die Stadt nichts einzuwenden, sondern lediglich zu gehorchen habe: Sie volo, sic jubeo — so will ich's, so befehl ich's. Was Wilhelm versuchte — der französische Militarismus führt es aus.

Da die Stadt angesichts der Unmöglichkeit der Ausführung des Befehls und nach Abweisung auch ihrer Erfahrungsboten den befohlenen Baubeginn unterließ, hat man neben zahlreichen Wohnungen, Schulen und sonstigen Räumen den Konzertsaal des Zoo, die Kunstakademie, die Tonhalle beschlagnahmt.

Offenbar soll noch schnell, solange der Poincarist Maginot noch Kriegsminister ist und ehe eine verständigungswillige Regierung ans Ruder kommt, aus der unterworfenen deutschen Bevölkerung herausgepreßt werden, was nur geht. Die Bedenken des französischen Volkes glaubt man ja mit dem Hinweis auf das drohende Raketenkriegsgefahr der deutschen Rationalisten beschwichtigen zu können.

In der Handhabung der Befehlsmacht als einer zeitlich begrenzten Sicherungsmaßnahme, nicht aber als einer Maschine zur Erzeugung unauslöschlichen Hasses, erwacht dem Linksbloß und seiner Regierung eine verheerungsvolle Aufgabe. Und in der Amnestie, mit der die neue Véra in Frankreich beginnen soll, möchte man auch derer nicht vergessen, die französische Militärgerichte im „rechtlich“ und besonders im widerrechtlich besetzten Deutschland verurteilt haben.

O. C. auf der Flucht. Korreiv. W.S. meldet: Die wir erfahren, sind in den letzten Tagen in München weitere Verhaftungen von Führern der O. C. vorgenommen worden. Deshalb haben viele bekannte Führer der O. C. sich nach Oesterreich geflüchtet.

Seine Eingeborenen des Landes, sondern hatten es erobert. Ihre ursprüngliche Heimat lag in dem Gebirgsland des Nordostens, dort hatten sie sich wie alle Bergvölker daran gewöhnt, ihre Höhlen auf „hohen Orten“ zu verehren und Plätze auf jeder größeren Erhebung aufzustellen. Als sie nun in die flachen Ebenen des Euphratlandes kamen, fanden sie hier keine Gelegenheit, sich den in der Höhe wohnenden Göttern so zu nähern, wie sie es gewohnt waren, und deshalb „bauten sie sich selbst Türme, deren Spitzen bis in den Himmel reichen sollten“. Auf der Höhe dieser von künstlichen Terrassen emporstrebenden Türme fühlten sie sich erst ihren Göttern nahe.

Von wannen uns das Heil kommt! Im böllischen „Deutschen Tageblatt“ finden wir die folgende Anzeige einer „deutschnöckigen Zigarettenfabrik“:

Deutsche Männer!  Nur dadurch haben Sie Recht zur Zigaretten mit der Gewähr, daß Sie wirklich eine reelle Zigarette, aus garantiert rein orientalischen Tabaken kaufen. — Wiederverkäufer mit vaterländischer Gesinnung überall bei höchstem Verdienst gesucht.

Es ist eine Lust zu leben! Alles „Fremdstämmige“ wird überwunden durch echt deutschnöckige Zigaretten aus garantiert reinem orientalischem Tabak! Alle Wohlgerüche Arabiens sind nichts dagegen. Leider ist vergessen, hinzu zufügen, daß die Tabake direkt aus Erez Israel bezogen werden, das durch seine großen Tabakplantagen und jüdische Zigarettenarbeiterinnen rühmlich bekannt ist.

Der Fischereistrom der Nordsee erschöpft. Die englischen Fischereiverbindungen sind überaus besorgt über das völlige Fehlen der Fische von Island aus der Nordsee auf den englischen Märkten. Sie sind der Ansicht, daß der frühere reichste Fischgrund der englischen Fischerei, die Doggerbank, erschöpft ist. Man hat hier bei Prüfungen nur sehr geringe Mengen fischerischen Lebens auf dem Meeresgrund gefunden, so daß die Fische keine Nahrung mehr finden. Die Suche nach neuen Fischgründen erweist sich als dringende Notwendigkeit, und man beachtet, noch weitere Untersuchungsflotte auszurüsten, die an einer Erforschungsfahrt auf den Bänken rund um Island und die Faröer-Inseln teilnehmen sollen.

Rheinische Bühnenshow. Am Samstag der dritten Rheinischen Literatur- und Buchwoche, die in den Kulturhallen der Stadt Köln vom 7. Juni bis 15. Juni stattfindet, wird eine großartige Bühnenshow rheinischer Bühnen veranstaltet. Das gesamte Theaterwesen in geschlossener Form herauszubringen und den weitesten Kreisen der rheinischen Bevölkerung zugänglich zu machen, ist ihr Ziel. Auch die Volkshäuser sind dabei vertreten.

Eine Heinrich-Hertz-Gesellschaft soll in Hamburg am 31. Mai gegründet werden. Sie hat zum Zweck, die Forschungsarbeiten des großen Hamburger Physikers auszumachen und auszubauen.

Zollers „Waffe Mensch“ in London. Zollers Drama „Waffe Mensch“, deren öffentliche Aufführung in London von der Zensur verboten worden ist, fand, wie uns ein Telegramm aus London meldet, dort in einer gescheiterten Darstellung den üblichen Ausgang.

Deutsche Musik in Paris. Das Konzertgebäude-Orchester und der Tonkünstler aus München, unter der Leitung von Wilhelm Mengedebius, haben in Paris die zweite Sinfonie von Beethoven mit dem Schicksal der deutschen Sprache zur Aufführung gebracht. Das Programm wurde durch die erste Beethovenische Sinfonie vervollständigt. Die Künstler erzielten ebenso wie bei der Aufführung der Naxos-Sinfonie am Tage zuvor einen ungeheuren Erfolg.

Kein Schadenersatz für den Hitler-Putsch.

München, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Ansprüche unseres Münchener Parteiblattes, der „Münchener Post“, auf Ersatz der beim Hitler-Putsch erlittenen Schäden sind nunmehr von der Regierung von Oberbayern (Regierungspräsident ist immer noch Herr v. Kahr) abgewiesen worden. Die Ablehnung gründet sich auf eine Bestimmung des Tumultschadengesetzes, wonach der Staat nur dann zum Schadenersatz verpflichtet ist, wenn durch den erlittenen Schaden die Fortführung und damit die ganze Existenz des Betriebes gefährdet ist. Der der „Münchener Post“ zugefügte Schaden beträgt rund 40 000 Goldmark.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Der Aeltestenrat des Preussischen Landtages beriet am Dienstag vor Beginn der Vollziehung über die Geschäftsfrage. Am Mittwoch sollen Interpellationen beraten werden, wenn die Regierung sich zur Beantwortung bereit erklärt. Die Interpellationen betreffen insbesondere die Vorgänge in Halle, in Fürstentum und die Angelegenheit der Sowjethandelsvertretung. Am Donnerstag soll der Finanzminister seine Rede zum Etat halten. Außerdem soll das Ministerpräsidentengesetz erledigt werden. Freitag und Sonnabend sollen Sitzungskreise bleiben, damit die Fraktionen über den Haushaltsplan beraten können. Montag und Dienstag soll Staatsberatung sein.

Landtagsbeginn in Württemberg.

Wahl des Präsidiums.

Stuttgart, 20. Mai. (WZ.) Der neugewählte Landtag hat heute nachmittag die Wahl des Präsidiums vorgenommen. An der Abstimmung beteiligten sich von 80 Abgeordneten 74. Zum Präsidenten wurde mit 60 Stimmen der Bauernbundabgeordnete Theodor Koerner gewählt, der die Wahl annahm; zum ersten Vizepräsidenten wurde der Zentrumabgeordnete Andre mit 61, zum zweiten Vizepräsidenten der Sozialist Pfleger mit 57 Stimmen gewählt; auch sie nahmen die Wahl an.

Das Gebot der Stunde.

Schnelles und wirkames Eingreifen der Regierung.

Bochum, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Da offizielles Organ des Deutschen Bergarbeiterverbandes, die „Bergarbeiter-Zeitung“, fordert angesichts der sich stündlich mehr zuspitzenden Lage ein schnelles und wirkames Eingreifen der Regierung in den Konflikt im Ruhrgebiet. Sie schreibt:

„Nicht ist das Maß voll. Die Zeichenbesitzer spielen mit einem gefährlichen Feuer. Wenn die Regierung nicht bald und energisch eingreift, um die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter zu sichern, macht auch sie sich mitverantwortlich an den Schäden, die dem ganzen deutschen Volk aus diesem Kampf erwachsen können. Wären die Herrschenden die Zeichen der Zeit erkennen. Die Bergarbeiter wissen genau, daß dieser Kampf, der wirtschaftliche Ursachen hat und auf gewerkschaftlicher Grundlage ruht, nur siegreich beendet werden kann, wenn Besonnenheit und organisatorische Disziplin bis zur letzten Stunde herrschen. Doch wirken in so entscheidenden Stunden auch andere Kräfte mit. Wird der Bogen von dem schwerindustriellen Scharfschützer überspannt, so kann die Auseinandersetzung Formen annehmen, deren Auswirkung nur der zu schätzen vermag, welcher weiß, wie tief die Ruhrbergarbeiter durch die Lohndrücke der letzten Jahre in den Abgrund der Verzweiflung getrieben worden sind.“

Die Stellung des Schlichters.

Essen, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Möglichkeit für eine Beilegung des Konflikts verläutet aus Bergbaukreisen, daß als nächste Schlichtungsinstanz Reichs- und Staatsminister Rehtlich in Frage kommt. Daß ein Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Berliner Schiedsrichters vom Zehnerverband erfolgt, ist noch zweifelhaft. Jedenfalls kann aber der örtliche Schlichter nach § 23 der Schlichtungsordnung den Schiedsrichter verbindlich erklären, falls ein öffentliches Interesse vorliegt. Vor der Verbindlichkeitsklärung hätten jedoch abermalige Einigungsverhandlungen stattzufinden. Theoretisch wäre auch die teilweise Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters möglich. Es steht jedoch dahin, ob der Schlichter dem von den Bergarbeiterverbänden angenommenen ersten Teil des Schiedsrichters, der die Frage des Wastalaris regelt, verbindlich erklärt und durch neue Verhandlungen über die Mehrarbeit den Weg zu einem abermaligen Einigungsversuch beschreitet.

Kommunistische Sonderaktionen.

Essen, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommunisten haben ihren Beschluß, die Rotstandsarbeiten mit allen Mitteln zu unterstützen, schon teilweise in die Tat umgesetzt können. Auf zahlreichen Zechen des Gelsenkirchener und Bochumer Bezirks wurden am Dienstagmorgen die Beamten und Angestellten am Betreten der Zechenanlagen verhindert. Tehnische Auteilungen liegen auch von einer Reihe Gruben des Essener Reviers vor.

Bevorstehende weitere Stilllegungen.

Duisburg, 20. Mai. (WZ.) Die Stilllegung der Zechen macht sich mit jedem Tage mehr in den Duisburger Stüttenwerken bemerkbar. Wenn die Kohlenaufbrüher nicht bald wieder einsteigen, ist mit weiteren Betriebsstörungen zu rechnen. Ein Hohenhof wurde in dieser Woche abgeblasen, die Arbeiter wurden beurlaubt.

Fürsorge für Frauen und Kinder.

Essen, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Wohlfahrtsamt in Essen hat von Dienstag an für die dort lebenden Frauen und Kinder der Bergleute, denen in diesen Fällen jede Nahrung fehlt, Anweisungen auf Lebensmittel ausgegeben. Der Geldwert dieser Unterstufungen, die sich etwa in halber Höhe der Erwerbslosenunterstützung halten, ist von den Bergleuten später zurückzufordern. Eine große Anzahl Ruhrstädte wird diesem Beispiel folgen. Der Zehnerverband und die schwerindustrielle Presse agitieren gegen diese Art einseitiger Parteinahme für die streikenden Bergarbeiter.

Kumpel und Königsvertreter.

Der Arbeiterpartei als Kirchenhaupt.

London, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Abg. Genoffe James Brown erklärte in seiner Eigenschaft als Lord-Oberpräsident der Hauptversammlung der Schottlandische in Edinburgh. Er wurde mit ungeheuren Ehren empfangen. Nachmittags hielt er als Vertreter des Königs die Thronrede und nahm die hergebrachte Inthronierung aller maßgebenden schottischen Persönlichkeiten entgegen. Die Presse würdigt diese Mission des früheren Bergarbeiters als Zeichen wirklicher Demokratisierung.

Painlevés Friedensprogramm.

Erklärungen des Linksbloßführers gegenüber unserem Berichterstatter.

Paris, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der republikanisch-sozialistische Abg. Paul Painlevé ist während des Krieges eine Zeitlang Ministerpräsident gewesen. Da er aber des Defaitismus verdächtig war, wurde er das Opfer der nationalistischen Intrigen und durch Clemenceau ersetzt. Gegen ihn als einen Führer des Linksbloßes richtete sich die ganze Wut der Nationalisten in seinem Pariser Wahlkreis, ohne jedoch seine Wiederwahl verhindern zu können. Als Sohn einer Arbeiterfamilie ist er in den demokratischen Massen Frankreichs um so vollstimmter, als er nicht nur Politiker, sondern auch ein Gelehrter von Weltberuf ist. Von der neuen Mehrheit ist er für einen der wichtigsten Posten in Aussicht genommen, entweder als Staatspräsident, falls es gelingt, Millerand zum Rücktritt zu zwingen, oder als Präsident der Kammer. Versicherungen eines solchen Mannes über das deutsch-französische Verhältnis am Vorabend der Regierungsumbildung in beiden Ländern sind natürlich von ganz besonderer Tragweite. Er gab mir folgende Erklärungen:

Die französischen Wahlen bezeugen auf das eindringlichste den Friedenswillen des französischen Volkes. Sie widerlegen in den Augen aller derer, die leben wollen, die Anschuldigung militäristischer und imperialistischer Ziele, die niemals den wirklichen Wünschen des Landes entsprochen haben. Die neue Kammer wird in die Regelung der internationalen Probleme und insbesondere der Frage der Reparationen und der deutsch-französischen Beziehungen

mit außerordentlich gutem Willen zur Verständigung und Entgegenkommen

herangehen. Sie wird sich bemühen, das Reparationsproblem in ein wirklich reales Gebiet zu versetzen und ihm auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens eine praktische Lösung zu geben dergestalt, daß Europa nicht mehr ein über das andere Mal beunruhigt wird. Damit jedoch dieser gute Wille zum Ziele führt, ist es

nötig, daß er in Deutschland dem gleichen guten Willen begegnet.

Nichts wäre verhängnisvoller als eine Disharmonie von der Art, daß in Deutschland eine am Ruher befindliche Regierung diese unsere entgegenkommende Haltung als Schwäche auslegen würde, die man nun ausnützen könne. Eine wahre Katastrophe mit unvorstellbaren Folgen könnte aus einer solchen Dissonanz zwischen den beiden Regierungen entstehen, und ich habe die unbedingte

Hoffnung, daß die demokratischen Parteien in Deutschland soviel psychologisches Verständnis aufbringen

werden, um die wirkliche Geistesverfassung Frankreichs, so wie sie durch die letzten Wahlen enthüllt wurde, zu begreifen, und genügend Kraft, um ihre Anschauungen den offenen und verdeckten Chauvinisten aufzuzwingen, also nicht nur denen, die gewalttätige Revanche predigen, sondern auch denen, die die lokale Ausführung des Sachverständigengutachtens und überhaupt jede friedliche Vereinbarung sabotieren möchten.

Wenn es anders kommen sollte und wenn die Parteien der Gewalt oder der List einen wirklichen Einfluß auf die deutsche Politik ausüben könnten, dann würde sich die

französische Demokratie nicht täuschen lassen

und jede friedliche Regelung der zwischen beiden Völkern schwebenden Fragen würden dadurch auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Das wäre eine bittere Enttäuschung für alle diejenigen, die glauben, daß eine aufrichtige Annäherung zwischen den drei großen Demokratien Frankreich, Deutschland und England allein die Zukunft und die Zivilisation Europas zu gewährleisten vermag.“

Painlevé für Räumung des Ruhrgebiets.

Paris, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Painlevé bestätigt heute Dienstag die von einigen hiesigen Blättern angezeigte Richtigkeit des dem Korrespondenten des „Giornale d'Italia“ gemachten Interviews, in dem er sich für die Aufhebung der ökonomischen und gegebenenfalls auch der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets ausgesprochen hat. Einem Redakteur der „Liberté“ gegenüber fügte Painlevé hinzu: „Wesentlich sei für Frankreich nur die direkte Ausbeutung des Ruhrgebiets und der rheinisch-westfälischen Eisenbahnen gewesen. Diese aber habe Frankreich nach dem Programm der Sachverständigen aufzugeben. Die militärische Besetzung sei dagegen nur eine Angelegenheit von sekundärer Bedeutung. Denn Frankreich habe das Ruhrgebiet nur besetzt, um die wirtschaftliche Aktion zu ermöglichen. Diese Okkupation sei bereits reduziert worden. Sie könne es noch mehr werden und in der Zukunft ganz aufgegeben werden unter der Voraussetzung, daß die Alliierten sich für die Erfüllung der deutschen Versprechungen verbürgten.“

Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 20. Mai. (WZ.) Die Reparationskommission hat heute vormittag ihre übliche Sitzung zur Erörterung der laufenden Angelegenheiten abgehalten. Der Organisationsausschuß für die deutschen Industrieobligationen wird an einem in aller Eile zu bestimmenden Tage zusammenzutreten.

Die baltische Konferenz.

Wirtschaftsunion.

Kowno, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die schon mehrfach verschobene Konferenz der Staaten Litauens, Estlands und Letlands wurde am 19. Mai in Kowno vom Ministerpräsidenten Gajonaukas eröffnet. Die Konferenz soll eine Aktion und den wirtschaftlichen Zusammenhalt der drei Staaten erreichen. Gajonaukas sagte in der Eröffnungsrede u. a.: Die drei Staaten sind dazu berufen, den Frieden des Friedens wegen auszubauen, alle Kräfte zu diesem einen Zweck zu stärken und unter den Völkern die zusammengewachsenen, die Pflicht der Menschlichkeit zu erfüllen. Unser gemeinsames Bestreben werden die Ziele zeigen, die für die Außenpolitik dieser drei Nationen richtunggebend sind. Das ist in erster Linie die Unabhängigkeit und die Erreichung einer unzerstörbaren Grundlage freier Entwicklung der Völker. Wir streben danach, Mittel zu finden, in die Grenzen zwischen der Wirtschaft der einzelnen Staaten eine Brücke zu legen, damit wir die Früchte der Arbeit unserer Völker austauschen können. Die Konferenz muß ferner nach praktischen Wegen suchen, die den Völkern unserer Länder gestatten, die Grenzen zu überqueren, um den wirtschaftlichen und intellektuellen Zusammenhalt unserer drei Staaten zu beschleunigen.

Im Namen der beiden anderen Delegationen erwiderte der Außenminister von Letland:

Der lettische Finanzminister äußerte sich in einem Gespräch mit Journalisten, daß er die Freizügigkeit der Kommu- und Arbeiter-Eisenbahnlinie durchziehen versuchen werde, da die Zukunft Litauens, das in Friedenszeiten durch seinen Export Waren aus der Ukraine und Litauen bezog, davon abhängt. Das Ergebnis der Konferenz werde zweifellos ein Einigung über den Austausch der einheimischen Industrie-Erzeugnisse und landwirtschaftlicher Produkte der drei Staaten ohne Zollhebung und Formalitäten sein. Die Konferenz dauert bis zum 22. Mai.

Bewegungsbewegung

Die Werksausperrung beendet.

Hamburg, 20. Mai. (W.B.) Im Verfolg der am 17. Mai zwischen den Arbeitnehmern und dem Arbeitgeberverband in der Werksindustrie geschlossenen Vereinbarung, die eine am heutigen Tage um 10 Uhr ablaufende Erklärungsfrist vorah, hat eine Abstimmung der Arbeitnehmer stattgefunden, welche die für die Fortsetzung des Streiks notwendige Zweidrittelmehrheit nicht ergab. Da auch die Arbeitgeber der Vereinbarung zugestimmt haben, so ist der Kampf beendet. Die Arbeit wird morgen wieder aufgenommen werden. Das gleiche Ergebnis hatten die Abstimmungen in Lübeck und Bremen.

Hamburg, 20. Mai. (W.B.) Zu der Beendigung des Lohnkampfes auf den Seeschiffswerten wird noch gemeldet, daß die von den Arbeitgebervertretern gewünschte restlose Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter in den letzten Verhandlungen von den Werksvertretern mit dem Hinweis darauf abgelehnt wurde, daß der Auftragsbestand vom Januar nicht mehr vorhanden sei. Im großen und ganzen hatten die Verhandlungen das Ergebnis, daß die neunstündige Arbeitszeit vorläufig bis 1. April 1925 gilt. Der achtstündige Arbeitszeit bleibt als normal anerkannt. Ueber die Leistung von Heberarbeit müssen Vereinbarungen mit der Arbeitgebervertretung getroffen werden. Der Stundenlohn wurde auf 57 Rentenpfennige für gelernte Arbeiter hinausgehoben. Weiter wurde eine Neuordnung für Affordarbeiten beschlossen.

Hamburg, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Interessant war die Abstimmung der Werksarbeiter im Groß-Hamburger Städtegebiet. Die organisierten Werksarbeiter erklärten sich mit großer Mehrheit, die nach dem Statut zwar auch nicht ganz ausreichte, für die Fortsetzung des Kampfes. Die unorganisierten dagegen und mit ihnen entschieden sich die sogenannten „Oppositionellen“, die dauernd für eine „Verschärfung“ des Kampfes und einer „Verbreiterung der Kampfbasis“ eingetreten waren, mit Stimmenmehrheit für den Abbruch der Bewegung. Eine treffende Beleuchtung der radikalen Theorie und Praxis.

Nach einem Ringen von drei Monaten ist nun dieser große Kampf beendet. Wenn man sich das Resultat dieses Kampfes ansieht, das aus den vorstehenden Depeschen allerdings nicht zweifelhaft hervorgeht, dann ist die Tatsache zu unterstreichen, daß der Produktionsausfall, der durch die Aussperrung der Unternehmer hervorgerufen worden ist, auch nicht gedeckt werden konnte, wenn die Arbeiter zwei Jahre lang täglich eine Ueberstunde machen würden. Bei 48stündiger Arbeitszeit macht der Verlust an Arbeitsleistung für 13 Wochen 624 Arbeitsstunden pro Arbeiter. Es müßte also jeder Arbeiter mehr als zwei Jahre täglich eine Stunde arbeiten, um diesen Verlust wieder wegzumachen, vorausgesetzt, eine verlängerte Arbeitszeit wäre gleichbedeutend mit einer entsprechenden Produktionssteigerung. Dazu kommt der ungeheure wirtschaftliche Verlust, der nicht wieder einzubringen ist. Große Aufträge vom Ausland konnten nicht ausgeführt werden und gingen an ausländische Werften über. Der Schaden, der durch die Aussperrung verursacht worden ist, kann gar nicht übersehen werden.

Es ist notwendig, auf die Tatsache hinzuweisen, daß diese Aussperrung unmittelbar eine Folge von verbindlich erklärten Schiedsprüchen gewesen ist. Diese Schiedsprüche, die den Arbeitern eine längere als die achtstündige Arbeitszeit aufzuzwingen versuchten, sind nichts anderes als ein Eingehen auf die Forderungen der Arbeitgeber.

Auch wenn, wie aus den vorliegenden Depeschen hervorzugehen scheint, die Arbeitgeber einen grundsätzlichen Erfolg erzielt haben, praktisch bedeutet die Aussperrung für sie eine Niederlage.

Die Aussperrung begann in einer für die Arbeiterschaft denkbar ungünstigen Situation. Trotzdem haben die Werksarbeiter 18 Wochen standgehalten. Das allein ist ein Erfolg. Einer Arbeiterschaft, die sich 13 Wochen lang unter diesen Umständen gegen ein mit den Machtmitteln des Staates unterstütztes Diktat der Unternehmer zur Wehr setzt, wird man schließlich den Achtstundentag nicht mehr entziehen. Bei Ablauf des Vertrages werden die Arbeiter mit den Unternehmern wieder zusammenkommen. Wir prophezeien diesen heute schon in aller Sicherheit, daß dann auch nicht das Geringste vom Achtstundentag abgehandelt werden wird. Wir bezweifeln übrigens auch, ob der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, der hinter diesem von den Unternehmern entfesselten Kampf stand, seine Taktik noch lange wird aufrechterhalten können.

Für die Arbeiterschaft ist die Lehre, die aus diesem Kampf zu ziehen ist, klar und zwingend: Unverbrüchliches Festhalten am Achtstundentag, unverbrüchliches Festhalten an der Gewerkschaft, restlose Bereitschaft, die Organisation zu stärken, um die Unternehmer endlich zu zwingen, mit dem Achtstundentag, mit einer hochqualifizierten, gutbezahlten, leistungsfähigen und leistungswilligen Arbeiterschaft die Steigerung der Produktion statt ihrer Sabotage zu betreiben.

Keine Gewerkschaftsaktion gegen Dawes.

Eine bürgerliche Korrespondenz verbreitet die Meldung, daß die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften Deutschlands mit den in Frage kommenden gewerkschaftlichen Organisationen Frankreichs und Englands in Verbindung getreten seien, um auf diesem Wege Abänderungen des Vorschlages des Sachverständigen über die Reichsbahn zu erzielen. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, entbehrt diese Nachricht jeder ernsthaften Grundlage. Die Stellung der Gewerkschaften zur Reparationsfrage ist seinerzeit den Sachverständigen vorgelegt worden. Die deutschen Gewerkschaften denken nicht daran im gegenwärtigen Zeitpunkt irgendetwas zu unternehmen, was die Regelung der Reparationsfrage verzögern oder verhindern könnte.

Heute Verhandlungen in der Metallindustrie.

Wie wir erfahren, finden heute nachmittags erneut Verhandlungen zwischen den im Metallkarell vereinigten Organisationen und dem Verband Berliner Metallindustrieller statt. Gewerbetar A. S. r. hat die Mitglieder des Schiedsgerichts wie die Organisationsvertreter nochmals zu einer Zusammenkunft gebeten, um einen — offenbar letzten — Versuch zu unternehmen, den Zustand der Dauerlohnkrise

in der Berliner Metallindustrie durch den Abschluß eines Lohnabkommens abzulösen. Ob dieser Versuch gelingen wird, scheint durchaus zweifelhaft.

Die Hungerlöhne in der Metallindustrie.

In einer Funktionärskonferenz der Transportarbeiter in der Metallindustrie erstattete Fromke Bericht über die letzten Lohnverhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller. Die Lohnhöhe, die der B.M.V. angeboten hatte, sollte unter gleichzeitiger Kürzung der sozialen Zulagen gegeben werden, so daß für Arbeiter mit mehreren Kindern sogar eine Lohnkürzung herausgekommen wäre. Die Vertreter des Verkehrsverbandes konnten einer solchen „Lohnregulierung“ natürlich nicht zustimmen. Sie hatten um so mehr Grund, auf der Forderung von 60 Pf. Stundenlohn zu bestehen, als der niedrigste Lohn für Transportarbeiter anderer Branchen 51 Pf. beträgt. Es war nicht möglich, zu einer Einigung zu kommen. Die Arbeitgeber schlugen schließlich vor, den ganzen Lohnstreit einem Zwangs-Schiedsgericht zu übertragen. Dem konnte aber von den Arbeitnehmervertretern nicht zugestimmt werden, und so verlief auch diese Verhandlung wieder resultatlos. Fromke erwähnte in seinem Bericht den maßlos gesteigerten Hochmut der Unternehmer, der es nötig mache, darüber zu beraten, ob es mit der Würde eines Organisationsvertreters vereinbar ist, unter solchen Umständen die Verhandlungen fortzuführen.

Gebt für die hungernden Bergarbeiter denen die Zehnenbesitzer den Fuß in den Nacken setzen wollen. Gebt, damit sie sich nicht unter das Machtgebot der Zehnenbesitzer beugen müssen, indem Ihr Beiträge zeichnet auf die „Bergarbeiterhilfe“

stimmen. Sie hatten um so mehr Grund, auf der Forderung von 60 Pf. Stundenlohn zu bestehen, als der niedrigste Lohn für Transportarbeiter anderer Branchen 51 Pf. beträgt. Es war nicht möglich, zu einer Einigung zu kommen. Die Arbeitgeber schlugen schließlich vor, den ganzen Lohnstreit einem Zwangs-Schiedsgericht zu übertragen. Dem konnte aber von den Arbeitnehmervertretern nicht zugestimmt werden, und so verlief auch diese Verhandlung wieder resultatlos. Fromke erwähnte in seinem Bericht den maßlos gesteigerten Hochmut der Unternehmer, der es nötig mache, darüber zu beraten, ob es mit der Würde eines Organisationsvertreters vereinbar ist, unter solchen Umständen die Verhandlungen fortzuführen.

Die Verammlung beschloß schließlich nach eingehender Aussprache, in der die Vertreter aller größeren Werke zu Wort kamen, am kommenden Sonnabend im Gewerkschaftshaus eine allgemeine Transportarbeiterversammlung für die Metallindustrie abzuhalten. In der eine endgültige Stellungnahme zu den Hungerlöhnen in den B.M.V.-Betrieben erfolgen soll.

Lohnvereinbarung für Steinseher.

Durch einen Spruch des Schlichtungsamtes der Stadt Berlin und durch nachfolgende Verhandlungen mit den Arbeitgebern werden mit Wirkung ab 14. Mai die Löhne für das Steinsehergewerbe wie folgt festgesetzt: Der Stundenlohn für Steinseher und Steinhauer beträgt 95 Pf. für Kammer 85 Pf. für Hilfsarbeiter 60 Pf. Die bisherigen Sätze waren 83, 73 und 57 Pf. Die Affordsätze für Steinseher werden um 30 Proz. erhöht. Von den Arbeitgebern sind ferner an die Kasse der Wohlfahrtsvereine durch Lieben von Marken 4 Proz. der Stundenlöhne abzuführen.

In einer Versammlung der Steinseher und Berufsgenossen, die nach einem Bericht des Gauleiters Scheincke zu dem Lohnabkommen Stellung nahm, wandte sich der Berichterstatter in scharfer Weise gegen das Vorgehen der radikalistischen Berufsangehörigen, die, ohne die schwebenden Verhandlungen abzuwarten, den Streik aller Steinseher beschlossen haben. Die Streikenden versuchten mit gewalttätigen terroristischen Mitteln die arbeitenden tariflosen Zentralverbände zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Schöne Stelle sei, daß das Vorgehen der Syndikalisten lediglich den Zweck haben kann, den Steinseherverband aus einer Tarifposition herauszubringen, die den Steinseher seit 20 Jahren tariflich festgelegte Lohn- und Arbeitsbedingungen gebracht hat. Eine Arbeitseinstellung durch die Zentralverbände wäre von den Unternehmern als Tarifbruch angesehen worden. Sie hätten eine billige Gelegenheit gehabt, ihren schon lange gehegten Plan, ein Prämienlohnsystem einzuführen, endlich zu verwirklichen.

Nachdem die Versammlung längere Zeit mit einer Kommission der Syndikalisten über deren Streikgeborenen diskutiert hatte und von den meisten Rednern betont wurde, daß in Zukunft gegenüber den Syndikalisten eine entschiedene Stellung eingenommen werden müßte, erfolgte die Annahme des Lohnabkommens gegen wenige Stimmen.

Erfolgreiche Streiks im Stuck- und Gipfbau.

Nachdem am Donnerstag und Freitag voriger Woche die Parteien vor dem Schlichter verhandelt hatten, ohne daß eine Einigung zustande gekommen ist, wurde am späten Abend des zweiten Verhandlungstages ein Vergleichsvorschlag vom Schlichter gemacht. Der bisherige Tarifvertrag soll danach mit seinem Anhang mit folgenden Abänderungen bis zum 31. März 1925 weiter gelten:

Der Einheitsstundenlohn soll für Stuckateure, Gipshandwerker, Kofsch., Rohb. und Zementdraht-Führer sowie Plattenseher 25 Proz., für Rohbinder und Träger 12 1/2 Proz. über Maurerlohn, für Hilfsarbeiter den Maurerlohn betragen. Robelleure erhalten den Einheitslohn der Stuckateure als Mindestlohn, geübte Antragebildhauer 20 Proz. über Stuckateurlohn als Mindestlohn. Lehrlinge bleiben im Tarifvertrag enthalten mit Entlohnungen von im 1. Lehrhalbjahr 10 Proz., im 2. Halbjahr 20 Proz., im 3. Halbjahr 25 Proz., im 4. Halbjahr 35 Proz., im 5. Halbjahr 40 Proz. und im 6. Halbjahr 45 Proz. des Stuckateurlöhnes. Ferien erhält jeder Arbeitnehmer und Lehrling; und zwar nach 30 Wochen 4 Tage, nach einem Jahr 5 Tage, für jedes weitere Jahr im Betriebe einen Tag mehr bis zu 10 Tagen. Die Bezahlung der Ferien erfolgt bei ihrem Antritt, oder bei Abgang des Arbeitnehmers mit 3 Proz. vom Stundenlohn der bis dahin geleisteten Arbeitsstunden. Der paritätische Facharbeitsnachweis bleibt mit seiner Geschäftsordnung wie bisher bestehen. Für tarifliche Streitigkeiten wird außer der bisherigen Schlichtungskommission ein Tarifamt mit unparteiischem Vorsitzenden als 2. Instanz geschaffen.

Alle übrigen Positionen des bisherigen Tarifvertrages bleiben in bisheriger Fassung einschließlich der 46 1/2 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit bei 47 stündiger Bezahlung.

Die Streikenden beschloßen nach längerer Diskussion mit 679 gegen 188 Stimmen, bei 2 unglücklichen und einer Anzahl Stimmenthaltungen, die Annahme des Vergleichsvorschlages. Da die Arbeitgeber bereits ihre Annahme ebenfalls erklärt haben, erfolgt die Arbeitsaufnahme am Mittwoch früh, wobei Mahregelungen aus Anlaß des Streiks nicht stattfinden dürfen. Jeder kehrt zu seiner alten Firma zurück, von der er in den Streik getreten ist. Wenn auch die Lohnfrage nicht zur vollen Zufriedenheit geregelt wurde,

so sind doch die Angriffe auf die ideellen Errungenschaften dieser Fachgruppe durch das geschlossene Verhalten der Streikenden mit vollem Erfolge abgewehrt.

Auch die Dachdecker behaupten den Achtstundentag.

Auf Veranlassung des Schlichters fanden weitere Verhandlungen im Streik der Dachdecker statt. Es war notwendig, eine Verständigung zu finden, welche die Verschärfungen des Einigungsorschlages vom 14. Mai beseitigen sollte. Die Verständigung glaubte der Schlichter in folgendem Vergleichsvorschlag gefunden zu haben:

Bis zum Abschluß eines neuen Reichsttarifs für das Dachdeckergewerbe wird für den Bereich dieses Gewerbes in Groß-Berlin folgende Zwischenregelung getroffen:

1. Der Lohn für die im Dachdeckerberuf tätigen Gesellen ist gleich dem Tariflohn der Maurer in Groß-Berlin plus 2 Pf., der des geübten Hilfsarbeiters gleich dem eines geübten Bauhilfsarbeiters. Der Lohn eines ungeübten Hilfsarbeiters ist 5 Pf. geringer. Ein Hilfsarbeiter gilt als geübter, wenn er ein Jahr im Dachdeckerberuf tätig ist.

Zur Ablösung der bisherigen in § 9 des bisherigen Ortstarifs unter a vorgezeichneten Jahresschuldung erhöhen sich die obigen Löhne um weitere 2 Pf. Im übrigen verbleibt es bei der Regelung des § 9 des bisherigen Ortstarifs.

2. Die Punkte 3 und 4 des Vorschlages vom 14. Mai gelten. (Ueberstunden usw.)

Zu dem Vergleichsvorschlag nahmen die streikenden Dachdecker am Dienstag Stellung. Der Vorsitzende Stojzenhain führte den Streikenden die Situation vor Augen. Wenn auch der Vergleichsvorschlag nicht alle Forderungen und alle Wünsche erfüllt, so steht doch fest, daß die Verschärfungen des Einigungsorschlages vom 14. Mai beseitigt sind. Das Fachgeld ist behauptet worden und ebenfalls auch die Zuschläge für Arbeiten über die alte Postgrenze Groß-Berlins hinaus. Vor allem aber ist der Angriff auf den Achtstundentag abgewehrt worden. Er empfahl, dem Vergleichsvorschlag zuzustimmen.

In der Aussprache wandten sich mehrere Redner gegen die Annahme. Bei der Abstimmung entschied jedoch eine große Mehrheit für die Annahme. Damit ist der Streik im Dachdeckerberuf für Groß-Berlin nach einer Dauer von fünf Wochen beendet. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt am Mittwoch, den 21. Mai.

Die Verbindlichkeitsklärung nur gegen Arbeiter.

Köln, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichstagsabgeordneten Benno Söllmann und Rirschmann haben an den Reichsarbeitsminister Brauns ein Telegramm gerichtet, in dem sie fordern, daß der am 24. April gefällte Schiedspruch für die Kölner Metallindustrie sofort mit rückwirkender Kraft für verbindlich erklärt werden solle. Die Verbindlichkeitsklärung war von den Arbeitnehmerorganisationen bereits am 28. April beantragt worden, ist aber bisher unterblieben.

Die Lohnverhandlungen, die zu dem Schiedspruch führten, wurden bereits am 1. April eingeleitet. Im Kölner Bezirk erhalten die Metallarbeiter die schlechtesten Löhne von allen Metallarbeitern des besetzten Gebiets. Gelernte Handwerker mit Familie müßten sich mit 24 bis 29 M. Wochenlohn begnügen. Ein Hilfsarbeiter mit vier Kindern erhält in der vergangenen Woche nur 21 M. Der Schiedspruch, der den Hilfsarbeitern einen Stundenlohn von 49 Pf. und den Facharbeitern eine Erhöhung ihrer Bezüge um 10 Proz. zusicherte, wurde von den Arbeitgebern abgelehnt, obwohl diese Lohn-erhöhungen mehr als beschieden sind. Bisher ist vom Reichsarbeitsministerium nichts geschehen, um diese geringfügige Besserung der wirtschaftlichen Lage der Kölner Metallarbeiter gegenüber den Unternehmern durchzusetzen. Die beiden rheinischen Abgeordneten haben den Reichsarbeitsminister nachdrücklich darauf hingewiesen, daß angesichts der außerordentlich erregten Stimmung innerhalb der Kölner Metallarbeiterschaft, Rückwirkungen auf den Ruhrkampf unvermeidlich sind, wenn die sofortige Verbindlichkeitsklärung mit rückwirkender Kraft unterbleibt.

Die Bauarbeiteraussperrung in Hannover.

Hannover, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Mit brutalen Mitteln versuchen die Baugewaltigen der hannoverschen Bauarbeiterschaft den neunstündigen Arbeitstag aufzuzwingen. Als nach endlosen Verschleppungen der Unternehmer die Bauarbeiterschaft versuchte, in den einzelnen Geschäften ihre gestellten Forderungen zur Durchführung zu bringen, erfolgte am 17. Mai die Aussperrung aller Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer der Stadt Hannover. Ab Mittwoch, den 21. Mai, ist diese Aussperrung vollständig. Die freien Gewerkschaften haben ab 1. Mai für einen Facharbeiter 85 Pf., Bauhilfsarbeiter 78 Pf. und Tiefbauarbeiter 73 Pf. Stundenlohn in Hannover gefordert. Für die übrigen Lohngruppen sollte der bisherige prozentuale Unterschied bleiben. Dieser Antrag wurde damit begründet, daß Hannover eine der teuersten Städte Deutschlands ist. Einige Unternehmer mit sozialem Empfinden haben sich inzwischen mit ihren Arbeitern verständigt.

Aussperrung im sächsischen Holzgewerbe.

Die „Dresdener Volkszeitung“ meldet, daß der Arbeitgeberverband für das sächsische Holzgewerbe beschloßen habe, sämtliche Holzarbeiter am 21. Mai auszusperrn, wenn nicht bis zum 20. Mai die Arbeit ausgenommen werde. Das Blatt bemerkt dazu, die Arbeiter hätten nicht daran sich dem Diktat der Unternehmer zu fügen. Infolgedessen dürften am 21. Mai etwa 60 000 Arbeiter des sächsischen Holzgewerbes ausgesperrt werden.

Zum Mannheimer Metallarbeiterkampf.

Mannheim, 20. Mai. (W.B.) Bei der gestern von der Metallarbeiterkassette vorgenommenen Abstimmung über den am letzten Sonnabend gefällten Schiedspruch stimmten 88 Proz. dafür und 11 Proz. dagegen, 1 Proz. der abgegebenen Stimmen war unglücklich. Da die Arbeitgeber bekanntlich den Schiedspruch abgelehnt haben, haben die Gewerkschaften die Verbindlichkeitsklärung beim Landeschlichter in Karlsruhe beantragt, der sich heute nachmittags mit der Angelegenheit befassen wird. Die Betriebe sind nach wie vor geschlossen.

Verantwortlich für Politik: Carl Meuter; Wirtschaft: Felix Sagermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schöler; Redaktion: Dr. John Schlimm, Lokales und Sonstiges: Fritz Karstadt; Anzeigen: Th. Gieseler; sämtlich in Berlin. Verlag: Bormaris-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bormaris-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinauer & Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Ihr Mund

wird erfrischt durch höchst verfeinerte Jähne. Dieser Mundgeruch wirkt abtötend. Beide Übel werden sofort in vollkommen unschädlicher Weise beseitigt durch die bewährte Zahnpulver Chlorodont, wirksam unterstützt d. Chlorodont-Mundwasser. Überall zu haben.

Das teure Gemüse.

Die ersten warmen Nächte sind da, ausgerechnet in der Zeit der drei Eisheiligen. Nun, so außergewöhnlich ist dieser Vorgang nicht; Leute, die sich um das Wetter kümmern, werden sich erinnern, daß manchmal diese Eisheiligen sich genau so wie jetzt als extra heiße Tage gaben, und daß dann noch später Frostnächte vorlanten, bis in den Juni hinein. Jedenfalls aber ist die Hoffnung in unser Herz eingezogen, daß es anders werden wird. Und es ist auch wahrlich höchste Zeit.

Die Ursachen.

Mit Recht kagen die Hausfrauen über die hohen Gemüsepreise. Aber wer gerecht sein will, muß nicht so ohne weiteres ein allgemeines Verdammungsurteil fällen, sondern den Ursachen nachspüren. Daß daneben die Tendenz nach hohen Preisen allgemein besteht, ist ja eine bekannte Tatsache, über die uns einzelne billige Artikel — Lebensmittel wie Brot, Reis, Margarine — nicht hinwegtäuschen können. Während aber die Industrie extra hohe Preise nimmt, so besonders auch die für jedermann wichtige Textilindustrie, wird bei den Ernährungsmitteln einmal das Wandern der Ware durch mehrere Hände, dann aber natürlich die Knappheit der Bestände dazu dienen müssen, den Preis hochzuhalten. Daß im Frühjahr stets eine Zeit der knappen Beschickung des Gemüsemarktes gewissermaßen naturgemäß ist, wird unseren Hausfrauen auch bekannt sein: Die Vorräte der letzten Ernte sind verbraucht, die neue Ernte hat noch nicht begonnen. Nur vergessen sie es leicht und denken nicht daran, daß die Gemüsezuucht, auch die frühe, unter Glas betrieben, vom Wetter abhängig ist, und wie es diesmal mit dem Zurückhalten der Produkte durch das dauernd kalte Wetter bestellt war, hat an dieser Stelle schon wiederholt Schilderung gefunden. Sehen wir zunächst mal zu, was denn eigentlich auf dem Markt vorhanden ist. Rhabarber als Kompott scheidet aus; sein Preis ist von 50 auf 25 Pf. bereits zurückgegangen. Von Kohl — im Preis von 30 Pf. aufwärts je nach den Sorten — ist nicht mehr viel zu sehen, meist Auslandsware, die aber auch bald geräumt sein wird. Und an warmen Tagen kehrt sich der Mittagsgast gern nach einer Abwechslung; der Kohl ist vor allem Wintergemüse und wird erst mit dem frühen Birfingkohl wieder Liebhaber der Küche. Daß es in diesem Jahre — wie im Vorjahre — möglich sein wird, schon im Juni Birfingkohl zu haben, ist wohl ausgeschlossen, dazu hätten die Kohlpflanzen im Winter ohne Schaden durchgehalten werden müssen, was im Hinblick auf die große Kälte unmöglich war. Möhrchen — 2 Pfund 25 Pf. — kosten auch nicht recht, und die neuen im Kasten gezogenen Karotten haben hohe Preise. Dazu fehlen vor allem auch die Schoten, die noch geraume Zeit auf sich warten lassen werden, da in den ersten drei Monaten dieses Jahres eine erste Saat dem Boden anzuvertrauen unmöglich war.

Die ersten Kohlrabi

sind da, wenig Knolle, viel zartes Kraut, wie immer sich als Treibhausgemüse kennzeichnend. Aber der Preis von 2 bis 2½ M. schließt natürlich dieses Gemüse für das Mittageßen des Volkes aus, da heißt es noch Wochen lang warten. Der Spinat, den man jetzt in zarten Blätter sieht, ist ebenfalls Treibware; er ist im Preise stark gestiegen, bis auf 20 Pf., wird aber wohl noch viel tiefer heruntergehen. Der überwinterte Spinat hat unter dem Frost sehr stark gelitten; er ist zum größten Teil „ausgewintert“. Die schönen schlanken Gurken, die den Liebhaber reizen — und wer hätte nicht Appetit auf einen Gurkensalat aus Treibgurken —, verlangen neben der Sonnenwärme noch künstliche Wärme, die allerdings jetzt — bei dieser Hitze — nicht mehr nötig ist, und daher ist der Preis von 2 bis 2,50 M. auf 1 und 2 M. gesunken. Radieschen sind der Gesundheit zuträglich, aber als Nahrungsmittel nicht anzupreisen; sie sind mit dem Brei auf dem Wege nach unten begriffen. Desgleichen der Salat. Ein gesundes und leckeres Gericht, das in den ersten warmen Tagen besonders erfrischend wirkt. Aber natürlich kann jetzt auch nur von Treibsalat die Rede sein, dessen Blätter allerdings völlig zu verpeisen sind, so daß kein Abfall, wie bei dem stärkeren Freilandalat, entsteht. Der Verkaufspreis schwankt je nach der Größe von 20 bis 30 Pf., bleibt es warm, so wird sich aber die Preisentwertung gerade bei diesem Artikel schnell bemerkbar machen, denn ein haltbares

Gemüse ist der Salat nun einmal nicht. Immerhin ist zu beachten, daß, solange Freilandalat nicht zu haben ist, das „Schlehen“ des Treibsalats viel Ausfall verursacht, der dann doch in etwas wettgemacht werden muß.

Der Spargel.

Anders liegt der Fall bei dem mit Recht am meisten geschätzten Frühlingsgemüse: dem Spargel. In anderen, mehr normalen Jahren ist der Spargel Ende Mai, wie der Ausdruck der Züchter lautet, wieder „vergesen“ — und in diesem Jahre steht man noch am Anfang. Der Preis von 1,30 bis 1,50 war zweifellos hoch, er hat sich inzwischen bis auf 90 Pf. bis 1 M. gesenkt, aber



wird sich bei dauernd warmem Wetter noch beträchtlich ermäßigen, jedoch durch die Nachfrage der Konfektfabriken nach Spargel ist einem „Schleuderpreis“ vorgebeugt. Auch hier sprechen für die Preisbildung mancherlei Erwägungen mit, die nicht allgemein bekannt sind. Man denkt vielfach, daß der Spargel, wenn einmal die Beete angelegt sind, keiner weiteren Wartung bedarf und jahrein, jahraus mühelosen Gewinn abwirft — daß man nur zu „stechen“ braucht, um sein Schälchen ins Trockene zu bringen. In Wirklichkeit erfordert die Spargelkultur genau so wie jede andere Gemüsekultur Arbeit — und Düngung. Die Beete müssen jedes Frühjahr eingeebnet und dann wieder aufgeschüttelt werden, bei welcher Gelegenheit nicht nur das Unkraut wirksam bekämpft werden muß, sondern auch mit Düngung für kräftiges Wachstum zu sorgen ist. Daneben geht auch eine sorgfältige Beobachtung, daß keine schädlichen Insekten sich niederlassen und die Pflanzen zerstören. Auch ist zu bedenken, daß das vom Spargel besetzte Quartier — genau so wie die Erdbeerbeete — nur eine Ernte im Jahre gibt, während fast alle anderen Kulturen — abgesehen von dem späten Kohl — eine doppelte Ausnutzung des Bodens gestatten.

Der lange Winter und das kalte Frühjahr machen die gegenwärtige Situation auf dem Gemüsemarkt erklärlich; hoffentlich gibt ein warmer Sommer dem Saatgut, das jetzt der Erde anvertraut worden ist, eine gute und reiche Entwicklung. Die Bohnen, die im vorigen Jahre genau so wie die Tomaten und Gurken in starkem Maße verfaulen, sind diesmal durch den hohen Preis des Saatgutes schon sehr befristet. Die vorjährige Missernte hat naturgemäß die

Saatbohnen rar gemacht. Preise von 6 bis 8 M. für Buschbohnen und 12 bis 16 M. für Stangenbohnen sind enorm hoch. Man wird daher das beliebte Gericht grüne Bohnen mit Matjeshering sich nicht allzu häufig leisten können.

Vergessene Steinhausen.

Zu ihrem zehnjährigen „Jubiläum“.

Die Erbschaft der verkrachten U.E.S.-Schnellbahn-Gesellschaft ist der Stadt zugefallen. Nach diesem Abschluß dachte mancher, nun werde man die seit Einstellung des Tunnelbaues in arger Unordnung zurückgelassenen Straßendämme endlich wieder in den früheren Zustand bringen. Leider ist das in verschiedenen Straßen noch nicht geschehen, zum großen Verdruß der Anwohner, die nun schon seit vielen Jahren unter dieser Unordnung und der mit ihr verbundenen Unsauberkeit leiden.

Ganz unbegreiflich scheint, daß in der Nachbarschaft der notdürftig wieder hergestellten Brunnenstraße immer noch die Mittelpromenade der Straßunder Straße mit Steinhausen bedeckt ist, die vor einem Jahrzehnt dort aufgeschüttet wurden. In einer Ausdehnung von 250 Schritt lagern auf dieser Mittelpromenade in ihrer ganzen Breite und zum Teil über sie hinaus fast bis zur Mitte der seitlichen Fahrdämme große Haufen Bruchsteine aus Granit, untermischt mit zerbrochenen Bürgersteigplatten und Bordsteinen, überschüttet von Straßenschmutz und Papiersejen. Diese Steinhausen sind nicht nur eine Verschandelung der Straße und ein Hindernis für den Verkehr, sondern haben sich im Laufe der Zeit auch zu einer Unratsammelstelle entwickelt, von der den Anwohnern eine Schädigung der Gesundheit droht, und die den Ratten als Schlupfwinkel dient. Kein Straßenreiniger kann diese Schmutzstätten säubern, kein Besen kann den zwischen den Steinen in reichlicher Menge abgelagerten Kot der Hunde und Kinder beseitigen. Schon vor zwei Jahren beschwerten sich Bewohner der Nachbarschaft über diese Zustände in einer Eingabe. Darin wurde gesagt: „Die Steinhausen lagern auf der Promenade seit dem Jahre 1914 und sind zu einem ekel-erregenden Rattenheerde geworden. In der letzten Zeit haben sich die Ratten derartig vermehrt, daß sie damit beginnen, die Fenster- treuze der umliegenden Kellergeschäfte zu nagen und massenhaft in die Geschäfte und Wohnungen einzudringen. Außerdem wird auf diesen Steinhausen Unrat aller Art abgelagert. Krepierre Hunde und Katzen sind täglich zu finden. Vor einigen Wochen fand man sogar eine menschliche Leibesfrucht im Alter von etwa sechs Monaten. Schließlich dienen die Steine auch als Kinderpielzeug und wirken als solches äußerst gefährlich. Die Kinder werfen die Steine auf den Straßendamm, und verschiedenartig sind Pferde der die Straßunder Straße passierenden Fuhrwerke durch Stolpern über diese Steine schwer zu Schaden gekommen.“ Die Eingabe bot dringend um schleunige Beseitigung der Steinhausen, aber vergeblich.

Inzwischen sind weitere zwei Jahre dahingegangen, und die Bewohner der Straßunder Straße können jetzt das zehnjährige Jubiläum der Steinhausen feiern. Will man ihnen nicht bei dieser Gelegenheit die Freude machen, ihnen endlich ihre Promenade zurückzugeben?

Weitere Vernehmung des verhafteten Bonzed.

Der Frauenmord in der Friedrichselder Straße harret immer noch der vollen Aufklärung. Es ist schwer, sich mit dem verhafteten Franzosen in einem eingehenden Verhör auseinanderzusetzen. Er spricht türkisch, arabisch, französisch und deutsch, aber alles nur in Brocken. Ob er wirklich von keiner Sprache mehr versteht, oder ob sein Geboren nur Verstellung ist, weiß man noch nicht. Der Verhaftete bleibt bei seiner Darstellung von den beiden unbekanntem Männern als Mörder und zeigt auch mit großer Lebhaftigkeit, wie er von diesen geschlagen und gestochen, und wie er unter dem Tisch getrocknet sei. Einmal über das andere ruft er Robamden zum Zeugen an, daß er unschuldig sei. Aber alles das macht keine Darstellung keineswegs wahrscheinlich. Die beiden unbekanntem Männer sind auch nicht zu finden. Niemand, außer ihm, hat sie gesehen. Es bekräftigt sich immer mehr der Verdacht, daß Bonzed mit Frau Ruschewski des Geldes wegen in Streit geraten ist und sie ermordet hat, weil sie ihm für das Wenige, was er besch, nicht zu Willen sein wollte. Der Defektur wurde am 14. Mai aus dem Lager entlassen und sich sehr bald, wie er behauptet, gezwungen, ein Paar Stiefel für 6 Mark zu verkaufen. Als er er-

Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Cinnankoski.

Aber immer kam dann Hanna mit ihren blauen, verängstigten Augen und ihren krampfhaft gefalteten Händen dazwischen — „sien Sie dem Vater nicht böse, er hat so viel gelitten!“

Freilich, das verstand er ja und hatte es sogar gesehen. Aber der Schurke hatte noch nicht den zehnten Teil von dem gelitten, was er verdient hatte!

So vergingen die Tage, ohne daß Lutela einen entscheidenden Schritt tun konnte.

Sie mieden sich gleichsam und sahen sich nie in die Augen, weder am Eßtisch noch sonst. Und wenn sie sprachen, galt es nur der gerade vorliegenden Angelegenheit oder Arbeit und beschränkte sich auf die notwendigsten Worte. Es war aus zwischen ihnen.

Eins war Lutela klar — daß an Reskitalo und der ganzen Familie Rache genommen werden mußte, so erschreckend und furchtbar, wie ihr Handeln an ihm gewesen war.

Für Reskitalo waren diese Zeiten ebenso schwer, wie für Lutela. — An die Stelle der früheren Unruhe war eine still nagende Sorge getreten.

Es quälte ihn, daß es noch nicht zu einer Auseinandersetzung zwischen ihnen gekommen war. Denn er hatte aufrichtig eine volle Klarstellung gewünscht, nachdem er gesehen, wie gewaltig die Sache Lutela berührte. Damals war sie unterblieben, weil er es für besser hielt, daß sich Lutela erst ein wenig beruhigte. Da es jedoch damals nicht geschehen war, war es immer geblieben.

„Vielleicht versteht er ohnedies, wie alles gekommen ist,“ dachte er. „Und am Ende ist es auch besser für ihn, daß nicht davon gesprochen wird, weil er es selber nicht zu wünschen scheint.“

Aber es quälte ihn weiter. „Wenn ich nur wüßte, worüber er eigentlich brütet,“ jammerte er manchmal. „Wenn er nur einmal spräche — fluchte, wetterte oder gar dreinschlug, das wäre immer noch besser!“

Er lebte lange Zeit in der Hoffnung, daß Lutela selbst losbrechen und dadurch eine Auseinandersetzung herbeigeführt werden möchte.

Doch Lutela schwieg still, und seine eigene Last war Tag für Tag dieselbe.

Daran knüpfte sich noch eine andere Sorge: wenn Manta nur vernünftig bliebe! Bei dem Zustand, in dem sie sich befand, wußte man nicht: sie konnte wohl gar ins Wasser gehen. „Hier sind so viele zu überwachen!“ seufzte er in seinen schwersten Stunden.

Zuletzt legte er, gleichsam abgestumpft, alles in Gottes Hände — zumal da sich Lutela doch beruhigt zu haben schien.

„Vielleicht ist es am besten, man läßt es gehen, wie es von selbst geht,“ dachte er.

Lutelas Gedanken kehrten immer wieder zu der jungen Frau zurück.

Diese war ihm ein Rätsel. Offenbar war, daß sie auch selbst in ihrem gegenwärtigen Zustand furchtbar leiden mußte.

Eines hätte Lutela vor allem anderen gern festgestellt. Ob ihr früheres Leben rein gewesen war. War sie erst jetzt gefallen, und welches war der äußerste Grund gewesen, daß sie eine so gräßliche Tat beging, wenn ihre Vergangenheit ehrbar war?

Aber wie hätte er das feststellen können, wenn er die Sache nicht zur Sprache brachte?

„Wenn sie wenigstens bereute und um Verzeihung bäte!“

In der ersten Zeit hoffte und erwartete Lutela dies jeden Tag. Und er glaubte mitunter sogar Anzeichen dafür zu bemerken — wie wenn die Freolerin demütiger gewesen wäre, in ihren Blicken etwas um Verzeihung Bittendes gelegen hätte — nur das erste Wort fehlte. Er versuchte, dieses Wort hervorzuzwingen — er hielt gleichsam mit den Blicken an, um es zu erwarten. Da dies aber nichts half, wollte er sie mit seinem Blick durchbohren: begreifst du nicht, was du getan hast?

Doch da erfuhr er eine Ueberraschung — die Demut war wie weggewischt, aus ihren Augen sprühte ihm Trost und Haß entgegen.

„Was bedeutet dies?“ fragte er sich veräußt. „Das war nicht mehr der Blick einer Schuldigen.“

Und so begann er wieder nachzusinnen.

„Hat sie die Natur eines Mannes, eine solche, die einem anderen nicht erlaubt, sich in ihre Angelegenheiten zu mischen? Und laste sie diese Heirat also als Einmischung auf — und wollte es zeigen? Und zeigte es, da sie ein Weib war, auf diese sinnlose und entsetzliche Weise?“

So fragte er sich. Und da begannen sich ihm die Fäden

immer mehr zu verwirren. Wußte einer von ihnen, was die anderen gedacht, getan und bezweckt hatten? Oder gingen sie alle wie im Nebel, jeder seine eigenen Wege, wenn auch durch das äußere Leben zusammengehalten? Alle litten, das sah er, und die Ueberlieferung begann sich ihm jetzt als eine ungeheure Verzweiflungstat darzustellen.

Das befängigte gleichsam seine Erbitterung gegen die Reskitalos — dies, daß sie alle litten. Sie mußten miteinander reden, dachte er, da sie doch an ein gemeinschaftliches Unglück gebunden waren.

Aber wer sollte beginnen? Für ihn war es unmöglich, fühlte er — die anderen, die Schuldigen, mußten den Anfang machen.

Es gab jedoch einen Menschen, mit dem er sprach. Er mußte gestehen, daß, wenn Hanna nicht gewesen wäre und wenn sie diese Last nicht zusammen getragen hätten, er es nicht ausgehalten hätte.

Es beschämte ihn zuerst sehr, daß ihn der böse Geist damals so besessen hatte, daß er, der alte Mann, solch Brauenhaftes vor dem unschuldigen Mädchen geredet hatte.

Wie ihm aber Hanna beim erstenmal, als sie sich danach trafen, ohne Falch ins Gesicht blickte und gleichsam immerfort wiederholte: dulden Sie, dulden Sie, Gott wird helfen — da dachte er: vielleicht versteht sie es.

Und so entstand ein sicheres Verhältnis zwischen ihnen: das Verhältnis zwischen Vater und Tochter. Oder noch mehr: wie wenn das zarte Mädchen hätte sühnen wollen, was die anderen verbrochen hatten.

Wenn sie einander begegneten, sagten sie sich jedesmal im Vorbeigehen etwas — mit den Blicken. Aus ihren Blicken verstanden sie gegenseitig alles.

Am Morgen kamen sie gewöhnlich zum erstenmal an der Zentrifuge zusammen — wenn Lutela die Maschine drehte und Hanna die Milch behandelte. Das war ihr stilles Plauderstündchen.

„Wie geht es denn heute?“ fragte Hanna mit ihrem blauen Blick, die Milch in die Zentrifuge gießend.

„Besser,“ nickte Lutela, sich über die Kurbel der Maschine redend.

„Ja...?“ erwiderte das Mädchen fröhlicher. Dann setzten sie die Unterhaltung während der ganzen Zeit des Zentrifugierens fort.

„Mit ihr könnte ich die Sache ins Klare bringen,“ dachte Lutela manchmal. „Sie weiß alles und versteht alles.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Angst vor dem Kinde.

„Weise Frauen“ und Ärzte als Helfer in der Not. — Die Opfer des § 218.

Der Prozeß gegen den Apotheker Heiser, der wegen Abtreibung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, hat wieder einmal das Interesse der breitesten Öffentlichkeit auf die skandalösen Zustände gelenkt, die die Folgen des § 218 sind, der die Abtreibung unter Strafe stellt. Die Sozialdemokratische Partei hat stets auf dem Standpunkt beharrt, daß dieser Paragraph, dessen Opfer fast ausschließlich Prostituierten sind, aus dem Strafgesetzbuch entfernt werden muß, und im Beitaritel des gestrigen Abendblattes ist ebenfalls diese Forderung mit aller Energie erhoben worden.

Die Erfahrungen der Polizei.

Frägt man bei der Kriminalpolizei an, bei den Beamten, die eine jahrelange Erfahrung auf diesem Gebiete haben, so erzählt man ein geradezu erschütterndes Bild von sozialer Not. Vorweg sei hier bemerkt, daß Kriminalbeamte sich überhaupt nicht erinnern können, daß jemals „Gnädige Frau“ oder „Fräulein Tochter“ aus sogenannter guter Familie vor ihren Schranken erschienen sind, um sich wegen einer Abtreibung zu verantworten. Es sind ausschließlich Arbeiterfrauen, die die soziale Not und das Elend ihrer kümmerlichen Existenz dazu gezwungen haben, den unerlaubten Eingriff vorzunehmen zu lassen, oder Hausmädchen, die es tun, weil sie fürchten, Stellung und Brot zu verlieren. Ein Beispiel für viele: Der Revierförster von Strausberg bemerkte vor einiger Zeit, als er auf dem nächtlichen Patrouillengang durch den Wald ging, einen Mann, der etwas zu vergraben versuchte. Auf die Frage des Försters, was er dort treibe, erklärte er: „Ich vergrabe die Frucht meiner Frau.“ Als diese Frau nun infolge der Anzeige des Försters vor der Kriminalpolizei erschien, sah die Beamtin eine vollständig von Arbeit und Elend ausgehende Frau vor sich, die ganz ruhig zugab: „Jawohl, ich habe es getan. Wir haben bereits acht Kinder, und es ist eine Unmöglichkeit, diese Familie, die wir heute schon nicht mehr ernähren können, noch weiter zu vermehren.“ Die Frau wurde allerdings vom Gericht milde bestraft und erhielt die Bewährungsfrist zugebilligt. Nach der Ansicht der Kriminalpolizei werden in Berlin täglich 12 bis 20 Todesfälle durch Abtreibung festgestellt. Dabei ist aber zu bemerken, daß diese Zahl sicher zu niedrig ist, weil längst nicht alle Fälle zur Kenntnis der Kriminalpolizei kommen. Eine geradezu verheerende Rolle spielen bei diesem Delikt die sogenannten weißen Frauen und weißen Männer. Da sie stets des Besuchs der Kriminalpolizei fürchten müssen, sind sie darauf bedacht, ihr Handwerkzeug an einem möglichst unauffälligen Ort zu verbergen. Kriminalbeamte haben nicht selten jene Instrumente in entlegenen beschmutzten Zuständen im Abort gefunden, mit denen noch kurz vorher der Eingriff an einem unglücklichen Opfer vollzogen worden war. Neben diesen Kurpfuschern werden nun aber Abtreibungen auch von den Ärzten vorgenommen. Hierbei muß man unterscheiden zwischen dem Hausarzt, der in den reichen Familien die Operation vornimmt, hohes Honorar dafür erhält, wobei denn fast niemals durch die Schweigepflicht der beteiligten Personen etwas zur Kenntnis der Behörde und der Staatsanwaltschaft kommt.

Ein Freund des Volkes.

Daneben gibt es Ärzte, die in außerordentlich zahlreichen Fällen die Abtreibung vornehmen und die in der Hauptfache von der menschenfreundlichen Absicht geleitet werden. Verführte und arme Frauen vor noch größerem Elend zu bewahren. So hat vor mehreren Jahren in der Wilhelmstraße ein Arzt Dr. Burghardt gelebt, der mindestens 30 bis 40 Abtreibungen den Tag vorgenommen hat. Er wurde in der Nachbarschaft allgemein ein Freund des Volkes genannt. Trübsinnig er wiederholt vor der Kriminalpolizei erschien, konnte niemals gegen ihn vorgegangen oder gegen ihn ein Prozeß eröffnet werden. Die niedrigen Preise, die er nahm — er bemühte sich mit einem Honorar von 10 oder 20 Mark — ließen den Verdacht, daß er sich gegen den § 218 vergangen habe, stark abschwächen. Die vernommenen Zeuginnen konnten Belastungen gegen ihn auch nicht auslegen, weil er in den meisten Fällen ihnen erklärt

hatte, daß sie sich nicht im Zustand der Schwangerschaft befänden. Ein anderer, sehr viel trassierter Fall liegt vor bei jenem Arzt aus der Kugsburger Straße, der bereits seit 1 1/2 Jahren in Untersuchungshaft sitzt. Er hatte sich mit Hebammen in Verbindung gesetzt und sie aufgefordert, ihn gegen entsprechende Belohnung Frauen und Mädchen zuzuschneiden. Dieser Arzt betrieb die Abtreibung in größter Stille gewerbmäßig und der Betrieb war so groß und gleichzeitig so ekelhaft, daß die Hausbewohner einschränken und Anzeige erstatteten. Es kam nicht selten vor, daß die Patientinnen, die von diesem Arzt kamen, auf der Treppe des Hauses zusammenbrachen. Dieser „Vertreter der Wissenschaft“ kümmerte sich auch nicht, wenn eine seiner Patientinnen nicht genügend Geld besaß, Wäsche, Kleidungsstücke und Schuhwerk als Bezahlung anzunehmen. Im allgemeinen wird es aber außerordentlich schwerhalten, den Arzt zu überführen, daß er gegen den § 218 verstoßen habe. — Kriminalbeamte, die jahraus jahrein auf diesem Gebiete gearbeitet und also gewiß die reichste Erfahrung haben, sind durchaus der Ansicht, daß der § 218 aufgehoben werden müsse. Aber auch Männer der Wissenschaft, Gynäkologen von Ruf, sind keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß der § 218 von den schädlichsten Wirkungen am Volkswohl und der Volksgesundheit begleitet ist.

Professor Dr. Duehessen

erklärte unserem Mitarbeiter etwa folgendes: Der § 218 des Strafgesetzbuches verfehlt vollkommen seinen Zweck und muß lieber heute, denn morgen aufgehoben werden. Nach der Statistik hat die Zahl der Abtreibungen in Deutschland ständig zugenommen. Sie beträgt im Durchschnitt jährlich 300 000. Gefaßt werden aber höchstens 300. Demgegenüber ist durchaus zu begrüßen jene Maßregel, die Rußland ergriffen hat. In Rußland ist es gestattet, daß der Bezirks- oder der Kreisarzt die Abtreibung vornimmt, wo es aus sozialen Gründen notwendig erscheint. Anstatt einer vernünftigen Kasinierung der Geburten belegen wir eine solche Absicht mit Strafe, während wir auf der anderen Seite Säuglingsfürsorge und andere hygienische Maßnahmen abbauen. Es mag sein, daß die Gerichte in Berlin im allgemeinen die Straflosigkeit des § 218 milde ansehen und milde beurteilen. Man soll sich aber nicht darüber täuschen, daß das Bild in der Kleinstadt ein wesentlich anderes ist. Unter dem Druck der moralischen Entrüstung urteilt der Richter hier viel schärfer und Verurteilungen zu Zuchthaus wegen Verstoß gegen § 218 kommen nicht selten vor. Man denke aber nur einmal daran, was daraus werden würde, wenn die Gerichte die Praxis des Reichsgerichts befolgen würden. Der § 218 bestraft bekanntlich auch jeden Versuch der Abtreibung, so daß also z. B. eine Frau, die nur ein Fuchshad genommen hat, in der Hoffnung, auf diese Weise vor ihrem Zustand befreit zu werden, ins Zuchthaus wandern müßte. Man könnte also getrost sagen, daß nach dieser Praxis die Mehrzahl der deutschen Frauen in die Zuchthäuser und Gefängnisse käme. In meinem 1898 erschienenen Buch „Die Einschränkung des Schwangerschaftsdelikts“ bin ich mit aller Energie für eine vernünftige Kasinierung der Geburten eingetreten. Allerdings gibt es auch heute noch Ärzte, die sich aus moralischen oder politischen oder weitlich, welchen Motiven, die kaum verständlich sind, für die Beibehaltung des § 218 aussprechen. Ich habe aber trotzdem die Hoffnung, daß die Reichsregierung und die gelegentlichen Körperschaften in Deutschland eines Tages einsehen müssen, daß der § 218 gestrichen werden muß. Ich weiß auf jeden Fall, daß, wenn der § 218 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wird, allen jenen weißen Frauen ihr gefährliches Handwerk mit einem Schlage gelegt wird. Der Arzt aber, der dann nicht mehr strafbar ist, kann in aller Ruhe und mit Sachverständnis die Operation vornehmen, ohne daß die Betreffende an der Gesundheit geschädigt wird.

Das sind alles gewichtige Tatsachen und wichtige Beweise für die Abschaffung des § 218. Wie lange wird man noch zögern, ins Werk zu setzen, was längst im Interesse des Gemeinwohls hätte geschehen müssen.

griffen wurde, besaß er noch eine Mark. Frau Kuscheffski aber verlangte zwanzig Mark und so wird es wohl zu einem Streit gekommen sein, der ihr das Leben kostete. Die Ermittlungen nach den beiden Unbekannten werden aber noch fortgesetzt. Angaben, die zur weiteren Klärung dienen können, nehmen nach wie vor die Kriminalkommissare Moritz und Treutin im Polizeipräsidium entgegen.

„Stromerzeuger U.“

Elektrisches Licht ohne Draht.

Aufgeschäbte im wahren Sinne des Wortes bilden den Untergrund eines Kiefenprozesses, der vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann und für dessen Dauer zehn Tage in Aussicht genommen sind, da nicht weniger als 120 Zeugen und ein ganzes Heer von Sachverständigen zu vernehmen sind. Im Mittelpunkt der Anklage steht der Ingenieur Willi Unruh aus Berlin, der jedoch behauptet, daß er ein Freiherr von Unruh sei.

Unruh hat sich wegen zahlreicher Betrugsfälle und Urkundenfälschungen zu verantworten. Mit ihm sind angeklagt der Kaufmann Fritz Wille, der Hauptmann a. D. Kohler und der Malter Ernst Brinkmann aus Hamburg. Die umfangreiche Anklageakte legt dem Angeklagten zur Last, zahlreiche Personen um annähernd 1 Million Goldmark betrogen zu haben, da er sie zur Finanzierung seiner angeblichen Erfindung „Stromerzeuger U.“ durch Täuschung veranlaßt habe. Das Wesen dieser Erfindung, deren Ertrag nach angeblichen Gutachten die gesamte Reparations Schuld Deutschlands binnen kurzem tilgen könnte, soll darin bestehen, daß mit einem von dem Angeklagten erfundenen Apparat mit ganz geringen Unkosten elektrische Energiemengen in beträchtlichen Mengen aus der Luft erzeugt werden können, so daß die Kilowattstunde in Zukunft etwa den 10 000sten Teil des bisherigen Betrags ausmachen würde. Nach Behauptung des Angeklagten soll damit eine völlige Unabhängigkeit von der Kohle erreicht werden. Der Angeklagte hat auf Grund dieser angeblichen Erfindung Syndikate, Kongresse und Gesellschaften mit hochtönendem Namen gegründet und deren Leitung übernommen, wobei er sich selbst Freiherr von Unruh nannte. Es sind ihm große Summen zugeflossen. Die Anklagebehörde, die von Staatsanwaltschaftsrat Schwanitzke vertreten wird, steht in Ansehung an dem Gutachten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt auf dem Standpunkt, daß die Erfindung Schwindel sei. Die Mitangeklagten werden beschuldigt, an dem Erfolg der Antiteilnahme mitgewirkt zu haben, obwohl sie die Richtigkeit der Erfindung getarnt haben sollen. Der Angeklagte besaß ein Laboratorium, in dem er seinen Geldgebern die Maschinen zeigte. Bei der Vernehmung des Angeklagten Willi Unruh ergibt sich, daß er, obwohl er sich auch Ingenieur nennt, keine technische Vorbildung hat. Er will sich selbst vorgebildet haben. Nachdem seine Frau eine große Erbschaft gemacht hatte, habe er sich ein eigenes Laboratorium eingerichtet und will mit seinen Erfindungen 30 in- und ausländische Patente erworben haben. Schon 1913 habe er sich mit der Erfindung des Stromerzeugers aus Luft besetzt und Musterfabrik erhalten. Vorl.: Worin bestand eigentlich der Wert der von Ihnen gegründeten internationalen Elektrizitätsverwertungsgesellschaft? — Angekl.: Ein Holländer namens Hodmarker hatte es übernommen, 15 Millionen Gulden für die Gesellschaft aufzubringen. Er ließ uns aber mit seinen Zahlungen in Stich. — Vorl.: Wie verschafften Sie sich nun das Geld? — Angekl.: Ich ließ die Antiteilnahme durch den Mitangeklagten Hauptmann Kohler verkaufen. Es kamen dann die Vorkäufe in Potsdam zur Sprache, wo etwa 80 Gläubiger durch den Verkauf von Anteilsscheinen hineingelegt worden sein sollen. Der Angeklagte hat in Potsdam vor geladenen Gästen, vorwiegend der früheren Hofgesellschaft, über den „Stromerzeuger U.“ Vorträge gehalten. Der dritte Angeklagte, Hauptmann a. D. Kohler, bestritt jede Betrugsabsicht bei dem Verkauf der Anteilsscheine. Er habe den Stromerzeugungsapparat acht Stunden lang arbeiten sehen, und zwar zu einer Zeit, als in Berlin die Elektrizitätswerke streikten, so daß andere Zusetzung unverständlich war. Dadurch habe er den Eindruck gehabt, daß es sich um eine wahre Erfindung handele. Der letzte Angeklagte, Kaufmann Brinkmann aus Hamburg, verweigert sich ebenfalls gegen den Vorwurf des Betruges. Er habe selbst viel Geld in das Unternehmen hineingesteckt und glaube noch heute fest an die Erfindung. Nach der Vernehmung einiger Zeugen wurde die Verhandlung auf Mittwoch früh vertagt.

Blütenalleen im Kiefelland.

Die kürzlich gebildete Berliner Stadtgüter G. m. b. H., die neue Verwaltungsform der städtischen Güter, hatte am Dienstag eine Blütenfahrt nach den städtischen Kiefelländern Ralchow und Blankenfelde veranstaltet. Auf den wideren Eichen ländlicher Leiterwagen fuhr man hinaus, und wo sich ein solches Kopfstreifenpaar einstellte, lag man sogar mehr als man fuhr. Draußen aber, inmitten üppig gründer Kiefelfelder, war es schön. ... Jawohl, es war schön und ist schön in den Kiefelländern. Zuzeiten, wollen wir vorsichtig hinzufügen. Mandmal riecht es zwar ein bißchen kräftig, aber keineswegs unangenehm. Hinter Weißensee beginnen bereits die prächtigen Obstalleen. Jeder hatte der Regen einen großen Teil der Blüte abgeschlagen. Aber ganze Strecken lang führt man unter blühenden Apfel- und Birnbäumen. In Ralchow erfreut man von Güterdirektor Raths, daß Groß-Berlin über ein Areal von 23 000 Hektar = 92 000 preussische Morgen eigenen Landbesitz verfügt, davon 17 000 Hektar in eigener Bewirtschaftung. Davon sind wieder 8500 Hektar Kiefelland. Die Stadt hält 1200 Arbeitsstühle, 1500 Rindvieh, 2000 Schweine und 400 Schafe. Von Ralchow ging es nach Blankenburg, wo Stadtgüterdirektor Hempel über die ihm unterstehenden städtischen Obstbaumbezirke des Nordens einschließlich einer sehr beachtenswerten Obstbaumschule interessante Mitteilungen machte. Danach weist der Bezirk über 100 000 Obstbäume auf und die Älteren haben eine Gesamtlänge von etwa 250 Kilometern. Diese Bestände können bei guter Ernte bis zu 30 000 Zentner Obst erbringen. Ueber die reizende Blüten- bzw. Obstblühung Blankenburg berichten wir an anderer Stelle. Der Besichtigung dieser wertvollen und großartigen Kiefelländer machte ein nicht unerheblicher Kiefelbogen ein fruchtbares Ende, womit nicht gesagt sein soll, daß dieser Abschluß nicht auch fröhlich war.

Eine Baumbliede ohne wildes Menschengetöse und ohne Obstwein gibt es in der Kleingartenstadt Blankenburg. Während im vergangenen Jahre die Blüten durch viel Regen zum größten Teil zerstört wurden und keine gute Ernte aufkam, kann man in diesem Jahr auf eine ertragreiche Ernte rechnen. Die Baumbliede der Südtirische war schon am Sonntag vorüber, sie hat nur eine Lebensdauer von 3 bis 4 Tagen. Ueber die Blüten der sauren Kirsche und der Pappel haben eine längere Dauer. Zwischen dem Weiß der Kirsche leuchtet milde das Rosa und das Rot des Apfelbaumes, denn schon am Blütenanbruch des Baumes erkennt man seine Pflege. Von nichts kommt nichts. Nur durch ungetriebene Fleiß und ausdauernde Energie kann man volle Früchte ernten. Der Baum muß sachmännlich beschnitten werden. Jedes überflüssige Geäst muß beseitigt werden, damit es nicht auf Kosten der Früchte des Baumes Saft und Kraft nimmt. Der Wille des Baumes wird eben dann dem des Gärtners untergeordnet. Das Geäst braucht das nötige Licht und die notwendige Luft. Eine alte Regel sagt: ein Obstbaum ist nur dann gut beschnitten und wird nur dann Früchte tragen, wenn eine Krone durch die Krone hindurchfliegen kann, ohne daß sie sich die Flügel beschädigt. Auch in Blankenburg kann man bewundern, was fleißige Hände geschaffen haben. Zwischen dem Genießen an diesem Ort und dem in Werder ist ein himmelweiter Unterschied. In Werder Lärmen und Toben, Gefächeln von Motorrädern und Autos. Ueberfüllte Lokale mit weinigen, trunkenen und schmannden Gestalten ganz anders in Blankenburg. Diese Parteien, in denen es so still zugeht, sind nur wenigen bekannt. Groß-Berlin kennt sie nicht. Daher hat man hier, abseits

von allem Jubel und Trubel, in der stillen Einsamkeit ein köstliches Genießen. Weit erstreckt sich der weite, weiße Blütenzauber, und darüber wehen die Farben Schwarz-Rot-Gold.

Der Magistratsabbau.

Die Bürgerlichen gegen Paulsen als Stadtschulrat.

Im Abbausausschuh der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern endlich die bürgerliche Mehrheit das Instanz ihrer Magistratsabbauentschlüsse der ersten Lesung eingegeben. Statt des Magistratsabbaues auf acht besetzte Mitglieder wurde nunmehr ein Abbau auf wenigstens 11 vorge schlagen, so daß zusammen mit den 12 Unbesetzten der Magistrat aus 23 Mitgliedern bestünde. Die sozialdemokratischen Vertreter hielten auch bei dieser Zusammenfassung, die auf nur drei bemessene Zahl der Richtschlichter noch für zu gering, die bürgerliche Mehrheit setzte aber ihren Willen durch. Aufrechterhalten sind nunmehr außer den bereits beschlossenen Stellen noch die des Beiratspräsidenten und des Stadtmedizinalrats. Mit allen bürgerlichen Stimmen wurde sodann gegen den lebhaften und energischen Widerspruch der Sozialdemokratie aus sehr durchsichtigen politischen Gründen beschlossen, die Person des Stadtschulrats Paulsen abzubauen. Um den Schein einer finanziellen Erleichterung ausreichtverhalten, will man die Stelle des Stadtschulrats vorläufig nicht neu besetzen. Die Brunsbüttel, mit der gegen Paulsen vorgegangen wird, ist wohl nicht mehr zu überbieten.

Ueber diese Frage wie über den gesamten Fragenkomplex wird das Plenum die letzte Entscheidung zu treffen haben.

Jugendherbergeweche.

Die vom Zweigausschuh Carl Brandenburg des Verbandes für Jugendherbergen veranstaltete Jugendherbergeweche ist im vollen Gange. Schon am vergangenen Sonntag sah man die Jugend bei eifriger Vorbereitung, meist in Verbindung mit gefälligen Darbietungen in Gesang und Volkstanz. Ueberall fand man gefebrendige Leute. Es scheint endlich weiteren Kreisen zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß die Wanderer- und Herbergs-

sache ein Stück erster Arbeit zur Volkserneuerung bedeutet. Noch schmachtet Tausende von jungen Menschenkindern in seelischer und körperlicher Not, sie harren der Erlösung. Die Wanderbewegung hat mit elementarer Gewalt sich Bahn gebrochen. Es gilt sie aufzufangen und in gesunde Bahnen zu leiten. Daher müssen noch überall Jugendherbergen entstehen, vorhandene erweitert werden. Es ist überall Gelegenheit, sich von den Herbergsbesuchern ein Bild zu machen. Man wird finden, daß sie des öffentlichen Wohlwollens würdig sind. Je mehr man ihnen die Wege ebnet, desto mehr werden wir die Großstadtlugend hinausführen können. Gerade für sie sind die Jugendherbergen bitter nötig. Wo geht alle, lauft Postkarten und Strohhalm (zum Neßbau der Jugendherbergen) und werdet Freunde und Mitstreiter unserer guten Sache. (Hauptauskunftsstelle des Jugendamtes, Berlin C 2, Poststr. Nr. 16.)

Betriebserweiterungen bei der Straßenbahn.

Am 24. Mai nimmt die Straßenbahn folgende Betriebserweiterungen vor: Die Linie 123, Anhalter Bahnhof—Buchholz, wird eingezogen. Dafür wird auf der Linie 23, Anhalter Bahnhof—Riedererschönhausen Platanenstr. bzw. Rosenthal, ein 15-Minutenbetrieb statt bisher 30-Minutenverkehr bis Platanenstr. und 30-Minutenbetrieb statt bisher Stundenverkehr nach und von Rosenthal eingerichtet. Eine neue Linie, und zwar Nr. 24, Buchholz—Schöneberg, Götterstr. Ecke Torgauer Straße, wird eingerichtet und verkehrt über Pankow, Breite Straße, Bollantstraße, Prinzenallee, Badstr., Brunnenstr., Invalidenstr., Dortheenstr., Brandenburger Tor, Budepferstr., Potsdamer Platz, Potsdamer Str., Schöneberg, Hauptstr., Kaiser-Wilhelm-Platz, Kolonnenstr., Bahnhof Schöneberg, Sedanzstr., Leutenstr., Götterstr. bis Torgauer Straße. Die Linien 45, Steglitz, Birtbuschstr.—Riedererschönhausen, und 199, Mariendorf—Pankow, Kirche, werden in ihren nördlichen Endstrecken ausgetauscht, die Linie 199 wird also nach Riedererschönhausen, die Linie 45 nach Pankow geführt unter gleichzeitiger Verlängerung von Pankow, Kirche, bis zur Endelstraße. Die Linie 56, Erzherzogstr. Ecke Badstr.—Wilmerdorf, Kaiserplatz, wird im Norden bis zum Steintiner Bahnhof zurückgezogen (Erzähl durch die neue Linie 24) und im Süden über den Kaiserplatz hinaus durch die Kaiserallee und Schloßstr. bis zum Bahnhof Steglitz verlängert. Gleichzeitig wird die Linie vom Kriminalgericht durch die Straße Alt-Neubau zur Stromstr. geführt, statt durch die Rathenower Str., Turmstr., Stromstr. Die Linie 65, Zentralviehhof—Schöneberg, Mühlstr., wird über Hauptstr., Rheinstraße, Saarstr., Bodestr., Katernstr. bis zum Auguste-Viktoria-Krankenhaus verlängert. Die neue Linie 25, Feuerstr. Ecke Müllerstr.—Tempelhofer, Kaiserin-Augusta-Str., verkehrt über Müllerstr., Chausseest., Oranienburger Tor, Friedrichstr., Karlsru., Lindenstr., Neue Wilhelmstr., Dorotheenstr., Brandenburger Tor, Budepferstr., Potsdamer Platz, Königgräber Str. (Potsdamer Bahnhof, Anhalter Bahnhof), Hallesches Tor, Belle-Alliance-Str., Tempelhof, Berliner Str. bis Kaiserin-Augusta-Str.

Für Kriegsbeschädigte bestehen in den Wäldern des besetzten Gebiets Unterbringungs- und Ausmüßlichkeiten des Reichs in Blesboda, Kreuznach, Neuenahr, Wachenburg, Kaiserslautern im Taunus. Zuständig für Auskünfte u. m. H. die Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 21. Mai.
Tagesschau 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorkurs. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
4 Uhr: Jugendvortrag des Herrn Paul Berckenhoff, Vorsitzender des deutsch-österreichischen Alpenvereins, Sektion Berlin: „Wie man wandern soll“. 4.30—6 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7.30 Uhr: Vortrag des Herrn Geheimrats Prof. Dr. Kirohner: „Tuberkulose“. 8.30 Uhr: 1. Operette zur Operette „Die schöne Galathée“, von Suppé (Fritz Wenneis auf dem Schiedmayer-Meisterharmonium). 2. Heiteres von Wilhelm Busch und Hans Brenner (Emil Kühno). 3. a) „Stehet da die Sonne“, von Schmalstieg, b) „Sohllichte Weisen“, von Rich. Strauß (Charlotte Lindemann von der Staatsoper). 4. a) „Was uns die Erlin am Bache erzählen“, von Schertel, b) „Die Libelle“, von Schertel (Fritz Wenneis auf dem Schiedmayer-Meisterharmonium). 5. Fröhliche Lieder zur Laute (Emil Kühno). Am Steinway-Flügel: Dr. Felix Gänther.

Die Kuppelzentrale.

Bilder von der Nachseite der Weltstadt.

In die Nachtseiten des Großstadtlebens leuchtete wieder einmal eine Verhandlung hinein, die vor der Berufungskammer des Landgerichts I gegen eine Frau Luise Hoffmann zur Verhandlung kam. Die Angeklagte war der gewerbmäßigen Kuppelerei beschuldigt. Die Wohnung der Angeklagten bildete eine Kuppelbörse. Dort hielten sich ständig eine Anzahl junger Mädchen auf und wurden von der Angeklagten nach Kuppelquartieren auf telephonischen Anruf verschickt. Die Angeklagte war die Vermittlerin für einen ganzen Konzern von 20 bis 30 Kuppelrinnen. Berlangt wurden stets Mädchen unter 15 Jahren. Das Schöffengericht hatte gegen die Angeklagte eine schwere Strafe verhängt, indem es sie zu einem Jahr Gefängnis sowie 1000 Mark Geldstrafe verurteilte und ihr auch die bürgerlichen Ehrenrechte für 5 Jahre aberkannte und sie auf dieselbe Zeitdauer unter polizeiliche Aufsicht stellte. Gegen dieses Urteil hatte Rechtsanwalt Dr. S. Eisenstadt Berufung eingelegt. Die Verhandlung ergab, daß bei der Angeklagten dauernd das Telefon in Bewegung gesetzt wurde und daß von allen Seiten aus den Kuppelquartieren die "Besetzung" von jungen Mädchen unter 15 Jahren verlangt wurde. Die Angeklagte kamte aber zu ihrem Glück nachweisen, daß sämtliche Mädchen, die sich bei ihr aufhielten, älter waren. Wie Kriminalkommissar Kunze II befandete, wurden diese jungen Damen in raffiniertester Weise als Jugendliche zurechtgemacht. Mit kurzen Backschleiden wurden selbst Mädchen im Alter von 21 bis 22 Jahren den Wüstlingen in den Kuppelquartieren als Kinder von 15 Jahren vorgeführt. Während der Schöffengericht angenommen hatte, daß die Angeklagte die Mädchen in maßloser Weise ausgebeutet hätte, indem sie ihnen den größten Teil des Sündengeldes für Kleider und Essen und andere Auslagen abnahm, so daß die Mädchen stets in Schulden bei ihr waren, konnte der Verteidiger nachweisen, daß die Angeklagte immer nur ein Drittel des Erlöses für sich verwendet hatte. Infolgedessen sah sich Landgerichtsdirektor Regen veranlaßt, die Strafe auf 4 Monate Gefängnis unter Fortfall der vom Schöffengericht erkannten Geld- und Nebenstrafen herabzusetzen.

Wir und Deutschösterreich.

Die Zeitschrift "Oesterreich-Deutschland" teilt unter der gutmütigen Überschrift "St. Bureaucratius" folgende zwei Tatsachen mit, über deren erste wenigstens man auch noch anders urteilen könnte:

Eine Oesterreicherin in Berlin erhält von Verwandten aus dem Zustande Liebesgaben. Die Ausfolgung der Pakete wird ihr vom Zollamt Köthener Straße verweigert, da sie den verlangten hohen Zoll nicht bezahlen kann. Dem Einwand, Liebesgaben seien zollfrei, wird mit dem Bemerkten abgewiesen: "Aber nur für Insländer!" Nebenbei ist die Frau geborene Berlinerin und Oesterreicherin erst durch Verheiratung.

Die Berliner Polizei veranstaltete kürzlich Mannschafthochzüge und hatte eine Wiener Polizeimannschaft als Gast. Deshalb nannte sie das Treffen: "Internationaler" Polizeibartkampf!!!

Der gleichen Zeitschrift entnehmen wir, daß an Berliner höheren Schulen von Deutschösterreichern das fünfjährige Auslanderschulgeld erhoben wird, das jetzt nach der Einführung der hochkapitalistischen Kennenarbeit überhaupt keinen anderen Sinn mehr als den der bloßen Gedächtnisprobe gegen Fremde hat. Wie reizt es sich mit dem Nationalismus so vieler unserer Schulregenten zusammen, daß man auch die Deutschösterreicher so behandelt?

Die Gründung der Berliner Flughafen-Gesellschaft m. b. H., der der Ausbau und der Betrieb des Flughafens Tempelhofer Feld sowie weitere Luftverkehrseinrichtungen in Berlin obliegen, ist jetzt erfolgt. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wurde Stadtbaurot Dr. Ing. H. K. gewählt, zum Stellvertreter der bisherige Vorsitzende des Hauptauschusses im Reichstoge, Reichstagsabgeordneter und Stadtverordneter Helmann. Dem Aufsichtsrat gehören ferner an Stadtrat Wukts sowie die Stadtverordneten Granaß, Müller-Frank und Reuter. Außerdem steht noch die Zuwahl von drei Sachverständigen des Luftfahrtwesens bevor.

Am feinen letzten Anzug befohlen wurde ein Schriftsteller in einem heiligen Pensionat. Der Dief ist ein besondres dreifler Parfüm, der in der letzten Zeit die Pensionen im Westen der Stadt beunruhigt. Er spiegelt vor, als Bekannter eines Gastes auf diesen warten zu wollen oder dringt auch ohne weiteres mit Nachschlüssel ein und kühlt fast nur Herrenkleider. So stahl er auch dem Schriftsteller den letzten Anzug, den dieser außer dem Anzug, den er gerade auf dem Beise trug, noch besaß. Mitleidungen nimmt Kriminalkommissar Bennat im Polizeipräsidium entgegen.

Der Verband der Deutschen Landkreise tritt in dieser Woche zu seiner diesjährigen Hauptversammlung in Bamberg zusammen. Die Vertreter aller preussischen, hessischen, thüringischen, bairisch-schwabischen usw. Landkreise, der bayerischen und sächsischen Bezirke, der württembergischen Amtskörperschaften und der mecklenburgischen und eldenburgischen Kreise, also Vertreter der ländlichen Selbstverwaltungen aller deutschen Länder werden unter anderem über zeitgemäße Verwaltungsfragen, insbesondere das allgemein sehr gemehrte Kreditbedürfnis sowie über die Gestaltung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern, Gemeindeverbänden und Gemeinden verhandeln. Vertreter der Reichs- und bayerischen Zentralbehörden nehmen an der Tagung teil. Über das Ergebnis wird später berichtet werden.

Eine öffentliche Protestkundgebung gegen den Abbau des Oberstadtschulrates Paullen veranstaltet die Berliner Schulnotgemeinschaft am Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 1/2 Uhr im großen Saal des Behrevereinshauses, Alexanderplatz.

Teile Hochschule. Am Donnerstag, den 22. Mai, 1/8 Uhr abends, in der Aula der Sophienkirche, Weinmeisterstr. 17: Zwei Gegenüber. Thema: "Verbrechen und Strafe". Es werden sprechen: Ein Landgerichtsrat und Strafrichter am Kriminalgericht Nothilf über "Bedeutung und Notwendigkeit der Strafe" und Dr. med. Rud. Buchmann über "Notwendigkeit der Abschaffung der Strafe".

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Für Sonnabend, den 24. Sonntag, den 25. und Montag, den 26. Mai, sind noch Parteien für das Deutsche Oberhaus im Bureau des Bezirksbildungsausschusses zu haben.

Zum Beder-Krach.

Gegen den bisherigen Generalsekretär des Stahlwerks Beder A.G. in Bielefeld, Heuer, wurde, wie die "Kölnische Volkszeitung" meldet, sowohl seitens des Stahlwerks Beder, als auch von der dieser Gesellschaft nachstehenden industriellen Bank-Gesellschaft G. m. b. H., Düsseldorf, Anzeige wegen Betruges und ähnlicher Vergehen erhoben. Heuer wird beschuldigt, Gelder, die beiden Gesellschaften gehören und über die er im Interesse dieser beiden Gesellschaften verfügen sollte, für Privatzwede in bedeutendem Umfange verwandt zu haben.

Danzig von der Ausreisegeldgebühr befreit. Das Reichsfinanzministerium hat genehmigt, daß Reisen nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig von der Ausreisegeldgebühr befreit werden. Die Landesfinanzämter haben entsprechende Anweisungen erhalten, den Unbedenklichkeitsvermerk durch einen Zusatz über die Gebührenfreiheit für Reisen nach der Freien Stadt Danzig zu versehen.

Flugzeugunfall. Nach einer Meldung der "Ratowitzer Zeitung" aus Graudenz ist dort wieder ein Flugzeug abgestürzt und verbrannt. Der Pilot kam ums Leben.

500 deutsche Kinder in der Schweiz. Am Donnerstag und Freitag sind insgesamt 900 unterernährte deutsche Kin-

Preußens Dank an Hannover.

Wiederbeginn der Landtagsitzungen.

Der Landtag trat gestern wieder zusammen. Präsident Leinert eröffnete die Sitzung und gedenkt unter dem Beifall des Hauses des Ergebnisses der Vorabstimmung in Hannover, deren Ausfall eine Entschärfung erbringt. (Wiederholter Beifall) Damit ist, so fährt der Präsident fort, in den ersten Anfängen eine Bewegung zum Stillstand gekommen, aus der dem deutschen Volke unabsehbare Schwierigkeiten entstehen konnten, ja aus der der Bestand des Deutschen Reiches überhaupt in Frage gestellt werden konnte.

Mit Bedauern müssen wir feststellen, daß der bayerische Innenminister diese separatistischen Bestrebungen in Hannover unterstützte. (Hört, hört!) Welche Enttäuschung würde in Bayern sich erheben, wenn preussische Minister Separationen gegen Bayern unterstützen!

Besonders zu bedauern ist, daß die Abstimmung vor sich ging in einer Zeit, in der im Westen unsere Schwestern und Brüder unter maßlosen Unterdrückungen liden. (Zurufe bei den Kommunisten.) Allen Verlockungen und allem Terror zum Trotz haben sie mit Einsetzung von Leib und Leben standgehalten. Deshalb danken wir den Männern und Frauen des besetzten Gebietes. (Erneuter Lärm bei den Kommunisten. — Zuruf: Bergarbeiter!) Ich hoffe, daß der 18. Mai für die besetzten Gebiete ein Tag der Aufrichtung sein möge, ein Gedentag für die Zusammengehörigkeit deutscher und preussischer Gebietsteile. Das Versprechen der Treue den Bewohnern des besetzten Gebietes gegenüber wird nicht ein leeres Wort bleiben. Mögen sich die Kräfte der Abwehr der Verfallensbestrebungen derart kräftigen, daß der Aufbau gefördert, daß die Geschlossenheit des deutschen Volkes gesichert wird und bleibt. (Lebhafte, anhaltende Beifall. — Erneuter Lärm bei den Kommunisten.)

Präsident Leinert teilt weiter mit: Der Abg. Kay (Komm.) hat infolge seiner Wahl in den Reichstag sein Landtagsmandat niedergelegt. (Bewegung und Heiterkeit rechts.) Der Abg. Schulz-Neudöhl (Komm.) ist vom Wahlprüfungsgericht seines Mandats für den 9. Wahlkreis (Bommern) für verlustig erklärt worden. (Große Bewegung im Hause, Heiterkeit und Beifall rechts, in der Mitte und links; Ruf bei den Kommunisten: Schiebung, Schwindel!)

Auf die Tagesordnung wollen die Kommunisten zunächst einen von ihnen eingebrachten Dringlichkeitsantrag gestellt haben, der sich mit der Tarannei der Bergarbeiter beschäftigt und das Staatsministerium beauftragt, sofort der Bergarbeiterausperrung unter Aufrechterhaltung des Erwerb- bzw. Arbeitsvertrages ein Ende zu machen.

Das Haus weist das Verlangen der Kommunisten ab. Abg. Allan (Komm.) fordert hierauf die sofortige Aussprache über die Ständele vom 11. Mai in Halle.

Abg. Hellmann (Soz.): Im Kellerterrat hat Dr. Weger sich damit einverstanden erklärt, daß die kommunistischen Anträge morgen verhandelt werden.

Die Geschäftsordnungsdebatte wird geschlossen, der Antrag Rifkin stößt auf genügenden Widerpruch.

Ohne wesentliche Aussprache wird eine Reihe von Berlagen der Ausschussberatung überwiesen; sie betreffen insbesondere

eine neue Festsetzung der Gebühren der Kreisärzte und Chemiker. Ausführungsbestimmungen zum Jugendwohlfahrtsgesetz. Anpassung der Gebühren der Preussischen Jagdordnung an gewisse Sätze im Reich, Ausdehnung des Gebietes über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten auf die epidemische Kinderlähmung und Erleichterung der Bestimmungen über die Ermittlungen bei Verdacht der Erkrankungen auch auf die übertragbare Genickstarre. Hierbei findet der Antrag Annahme, das Staatsministerium zu ersuchen, nach Möglichkeit alle geeigneten Maßnahmen zu unterstützen, welche die Pflege und Förderung körperlich stark gefährdeter und kranklicher Kinder zum Ziele haben. Der Ausschussberatung wurde eine Reihe kleinerer Entwürfe überwiesen.

Berabschiedet wird die Vorlage, die die Zuständigkeit des Schiffsführungsgerichtes festlegt. Das Haus geht über zur Beratung des Antrages Binder (Dnat.) auf Hebung der

Kreditnot der Landwirtschaft.

Der Ausschuss hat dazu beantragt, auf die Reichsregierung dahin zu wirken, daß

a) die Reichsbank nach der erfolgten Gründung der Geldkassendank die freiverwendbaren Rentenmarkkredite der Landwirtschaft in erweitertem Umfange zuführt,

b) in Zukunft die landwirtschaftlichen Kredite der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse in einer Zinshöhe zur Verfügung gestellt werden, so daß diese einen billigen, jedenfalls aber keinen höheren Zinssatz als die Reichsbank gegenüber ihren industriellen Kreditnehmern zu erheben braucht,

c) der der Landwirtschaft zustehende Anteil von 600 Millionen Rentenmarkkredit voll der ausbleibenden Landwirtschaft und nicht der landwirtschaftlichen Industrie schleunigst zugeführt wird,

d) allen Landwirten die Kredite zu denselben Zinssätzen gegeben werden,

e) die Ausgleichung der Preisdifferenz zwischen Betriebsmitteln und landwirtschaftlichen Produkten durch unverzügliche Herstellung der freien Wirtschaft gefördert wird,

f) das Reichsverkehrsministerium die Frachten für landwirtschaftliche Erzeugnisse herabsetzt und das System der Frachtenstundung auch für die Landwirtschaft mehr als bisher ausbaut. Ferner wird in dem Ausschussantrag ein Gesetzentwurf gefordert über eine weitere Erhöhung des Kapitals der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse. Schließlich soll auf die Genossenschaft eingewirkt werden, daß sie durch Reorganisation den kürzesten Weg vom Kreditgeber zum Kreditnehmer schafft.

Nachdem Abg. von Boyen (Z) eingehend über die Ausschussberatungen berichtet, auf die großen Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung hingewiesen und die lebenswichtigen Aufgaben der Landwirtschaft dargelegt hatte, vertagte sich das Haus am Mittwoch 12 Uhr. Interpellationen, insbesondere über die Verzögerung in Halle, Verbot von Umzügen. Kleinere Gegenstände und Weiterberatung über die Kreditnot der Landwirtschaft. Schluß 6 Uhr 15 Minuten.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Mitteilungsleiter! Es müssen unbedingt die Karten zur Sonnenwendfeier ebehalten werden.

Heute, Mittwoch, den 21. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

Freischulische. Berliner Str. 45. Ed. Schlichter. Vorkurs: "Geistige und körperl. Bildung." — Karam. Vorkursfahrt bei Mr. Portog: "Erleben und Aufbau." — Landwehr. Schulz. Vorkursfahrt der Mitglieder der "Mittelschule." — Neu-Altendorf. Jahn. Vorkurs. 12. Vorkurs: "Arbeits- und Partei." — Lichtenberg. Jahn. Vorkurs. 12. Vorkurs: "Arbeits- und Partei in der Jugendbewegung." — Kiebitzstraße. Schule Berliner Str. 31. Vorkurs: "Das Leben der Hausfrau." — Otten. A. B. Jahn. Vorkursfahrt Str. 14. Mitglieder der "Mittelschule." — Otten. A. B. Schule Zilliker Str. 4. Vorkurs: "Schulbildung und Kino." — Tempelhof. Vorkursfahrt. 4. Vorkurs: "Der Stammbaum des Menschen." IV. — Wedding. Roth. Schule Kiebitzstr. Ed. Antonstr. Vorkurs: "Chil."

Arbeiterport.

Arbeiter-Jugendvereine Deutschlands. Am Sonnabend, den 21. Mai, abends 7 Uhr, sehr wichtige Mitgliederversammlung im "Sperthaus", Dresdenstraße 1 (an der Jannischstraße).

Sportvereine Deutschlands. Am Dienstag und Donnerstag im Lichtentwiler Stadion. Der Verein hat zurzeit 4 Fußballmannschaften, 1 Hockeymannschaft und 1 Handballmannschaft. Gölke hat jederzeit willkommen. Schimmelpfennig der II. Gruppe. Die nächste Sitzung findet am Sonntag, den 25. Mai, in Tegel, Bahnhöfstr. 12. Vorkurs: "Gründung einer Weltjugendbewegung in Tegel."

Lehrervereine. Die "Lehrerzeitung". Ortsgruppe Berlin. Am Mittwoch, den 21. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Schule Gipsstraße 32. Die Bildungsvereine Deutschlands. Am Sonntag, den 25. Mai, in der Abteilungspartei, 7. Sonnenstraße und "Hof". 2. Vorkurs. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Kurzschicht-Berlin. "Koch". System Giese-Schne. 11. Gemeindefest im Althaus 23. Ed. Wilmshoff Str. Umrahmt werden jeden Freitag von 8-10 Uhr. Jeden Dienstag von 8-10 Uhr. "Literarische Arbeitsgemeinschaft" verbunden mit Deutschkurs. Alle herzlich willkommen.

Der Verein Städtischer Elternvereine. Göttem Giese-Schne. eröffnet am Donnerstag, den 22. Mai 1924, abends 7 1/2 Uhr, im Althaus Göttem, Jannischstr. 23, einen Anfahrtskurs.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß. Reichsbanner der Arbeiter. Am Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr, findet bei Geipf, Kronprinzstr. 47, Ed. Schimmelpfennig, eine Mitgliederversammlung statt. Reichsbanner. Jede Überzeugung Republikaner. Frauen eingeführt werden, bzw. sind willkommen.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Dienstag, den 20. Mai:

- 1. Rennen. 1. Erster Wallerdomer (Königsdorf), 2. Cobra (H. Gube), 3. Branding I (H. Scharde). Toto: 223: 10. Platz: 70, 19, 35: 10. Ferner liefen: Korona, Franko I, Jährl, Della, Hauptmann, Roby, Belaurit, Gavelin war I. ohne Beuten.
2. Rennen. 1. Rinaldi I (H. Lemmer), 2. Biemele (H. Schlemmer), 3. Gino (H. Freundt). Toto: 115: 10. Platz: 36, 37, 17: 10. Ferner liefen: Rothau IV, Blaumeise, Bodanmeyer, Du Wall, Belhart, Herzberg, Radbefer, Ute B I, Grah I, Federmele, Lumb.
3. Rennen. 1. Ludmil I (H. Köhler), 2. Alpaner (Ullas), 3. Bella Dawson (H. Kabe). Toto: 65: 10. Platz: 17, 27, 19: 10. Ferner liefen: Jalon Jr., Kontrelina, Dattelin, Rarner, Bodmar (angeb.), Ring, Stuf.
4. Rennen. 1. Imperial II (E. Traubner), 2. Omega (H. Kraus), 3. Leuchturm (H. Steger). Toto: 15: 10. Platz: 18, 56: 10. Ferner liefen: Salome, Schwarzwaldbübel.
5. Rennen. 1. Stella Hart (H. Submeyer), 2. Johannes (H. Kappeler), 3. America II (H. Köhler). Toto: 22: 10. Platz: 11, 11, 12: 10. Ferner liefen: Clematis II, Arcolin, Heuzweh, Palma I.
6. Rennen. 1. Dorita (H. Köhler), 2. Leon (H. Freundt), 3. Wlaska (H. Lemmer). Toto: 17: 10. Platz: 16, 50: 10. Ferner liefen: Ring Wallis, Adanon.
7. Rennen. 1. Peg (Großmann), 2. Pindenhöfer (H. Ringhilt), 3. Corona We. Rinnen (Lichtenfeld). Toto: 25: 10. Platz: 17, 18, 16: 10. Ferner liefen: Peter Darneder, Peralta, Ringhilt, Rosa Forbes.
8. Rennen. 1. Krat I (Lindmeyer), 2. Angriff (Weidner Jr.), 3. Adler (D. Jürgens). Toto: 35: 10. Platz: 12, 13, 19: 10. Ferner liefen: Stimpfer, Kallpeler (ohne Beuten, disqual. und angeb.), Rebel, Durchbruch, Oadran II, Bild I.
9. Rennen. 1. Krat I (Lindmeyer), 2. Angriff (Weidner Jr.), 3. Adler (D. Jürgens). Toto: 35: 10. Platz: 12, 13, 19: 10. Ferner liefen: Stimpfer, Kallpeler (ohne Beuten, disqual. und angeb.), Rebel, Durchbruch, Oadran II, Bild I.

Better für Berlin und Umgegend. Noch überwiegend bewölkt mit einzelnen leichten Regenschauern und mäßigen kühlen Winden. Temperaturen wenig geändert, später im Norden beginnende langsame Aufhellung.

Better für Deutschland. Im Westen und Süden noch zahlreiche, meist eichte Gewitter und Regenschauer, im Nordosten Aufhellung.

Groß-Berliner Parteinrichten.

Kreismitgliederversammlungen

heute, Mittwoch, den 21. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

- 1. Kreis Mitte: Mühlentäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Referent: Gen. Otto Meier, M. d. L.
3. Kreis Wedding: Behnhöfer-Ausschank, Chausseestraße 64. Referent: Gen. Stämpfer, M. d. R.
3. Kreis Wedding: Vahnhöfer-Ausschank, Chausseestraße 64. Referent: Alara Bohm-Schuh, M. d. R.
8. Kreis Spandau: Konfordialäle, Klosterstraße 13-15. Referent: Gen. Crippien, M. d. R.
14. Kreis Neukölln: Anla Boddinstraße 33-41. Referent: Gen. Karl Dreßler.
17. Kreis Lichtenberg: Anla Anabenmittelschule, Marktstraße. Referent: Gen. Kufhäuser, M. d. R.
19. Kreis Pantow: Türkisches Zell, Breite Straße 14. Referent: Gen. Karl Lütke.

Tagesordnung in allen Versammlungen: Die Aufgaben des neuen Reichstages und die Stellung der Partei zu allen wichtigen außen- und innenpolitischen Fragen der Gegenwart.

Sozialdemokratische Elternbeiträge! Donnerstags, den 22. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Lehrerwohnhaus, Professorengasse gegen den Abbau des Oberstadtschulrates. Bericht für die Veranlassung. Niemand darf fehlen! Die Beiträge werden bereits um 6 1/2 Uhr erheben!

- 2. Kreis Tiergarten. Morgen, Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Kreismitgliederversammlung in den Kaminhäusern, Bremer Str. 14.
3. Kreis Kreuzberg. Die Mitglieder des erweiterten Vorstandes treffen sich Freitag, 6 1/2 Uhr, bei Kabe, Lichtstr. — Sitzung des Abteilungsleiters am Samstag, 6 1/2 Uhr, bei Kabe, Lichtstr. (Vor der Kreismitgliederversammlung). Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein.
14. Kreis Neukölln. Alle Genossen, die zur Kandidatur als Flugblattschreiber oder als Referent tätig waren und auch in Zukunft in der Kandidatur mitwirken wollen, treffen sich am Donnerstag, 22. Mai, abends 7 1/2 Uhr, bei Schlichter, Donaustr. Ed. Wilmshoff Str. zu einer wichtigen Aussprache.
17. Kreis Lichtenberg. Donnerstag, den 22. Mai, 7 Uhr, bei Geipf, Kronprinzstr. 47, wichtige Zusammenkunft aller Ordner, auch die unschützigen Abteilungen sind zur Teilnahme verpflichtet.
19. Kreis Pantow. Parteimitgliederversammlung der DSD. Donnerstag, den 22. Mai, 7 1/2 Uhr, Jugendheim Pantow, Breite Str. 32, Versammlung. Referent: Oberinspektor Biermann. Parteimitgliederscheine werden erheben!

Heute, Mittwoch, den 21. Mai:

- 7. KM. Heute abend besuchen alle Genossen die Kreismitgliederversammlung in den Kaminhäusern, Kaiser-Wilhelm-Str.
10. KM. Scherzklub. Heute abend 7 Uhr im Jugendheim Lindenstraße 3. 2. Hof, 3. Hof. Wichtige Tagesordnung.
104. KM. Kiebitzstraße. 7 1/2 Uhr. Lokal Ziele. Berliner Str. 33. Sitzung des Vorstandes mit dem Elternbeiträge.

Morgen, Donnerstag, den 22. Mai:

- 21. KM. 7 Uhr. Eduardstraße 40. Konfessionsoffiziellenversammlung der 44., 67., 82. und 136. Verkaufsstellen. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Parteigenossen der Konfessionsoffiziellen zu erscheinen. Positionen: Einkaufsliste.
78. KM. Kreuzberg. Abteilungsleiter und Bezirksleiter treffen sich zu einer sehr wichtigen Besprechung vor der Kreismitgliederversammlung, Samstag 7 Uhr, bei Kabe, Lichtstr.
101. KM. Tempelhof. 7 Uhr. im Reichshof der Schule Wilmshoffstr. Vortrag des Gen. Wiffel über: "Das Schicksal der Genossen und die Wahlen." Anschließend Reumobilien und Vorstandsbericht.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 22. Mai:

- 14. Kreis Neukölln. 7 1/2 Uhr in der Vorkursposition, Reichstr. 2. Funktionärinnenkonferenz.
33. KM. Charlottenburg. 8 Uhr. Lokal Ernst. Uhustr. Ed. Wilmshoffstr. Frauenabend. Thema: "Was erwarten wir vom neuen Reichstag." Ref.: Gen. Hoff, ehem. Pfarrer.

Sterbefall der Groß-Berliner Partei-Organisation

17. KM. Genossin Margarete Siebert, Lankstraße 28, ist am 17. Mai verstorben. Einsegnung Freitag, 23. Mai, nachm. 3 Uhr, im Krematorium Gieselerstraße.

Die Wahlen im Westen.

Ursachen und Wirkungen.

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: Nicht nur im unmittelbar betroffenen Gebiet, im ganzen Land hat der Ausgang der Wahl in den Wahlkreisen Düsseldorf-Ost und -West und in Köln-Aachen Aufsehen, Verwunderung, ja teilweise Erschrecken ausgelöst. Das ist verständlich. Diesen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen hatten selbst Pessimisten nicht erwartet. Die paar Superfliegen, die das „alles vorausgesehen“ haben, sind natürlich genau so überrascht worden wie alle anderen.

Der Versuch, den Ausgang der Wahlen richtungspolitisch zu deuten, führt auf Abwege. Denn wer versucht wird, für das Ergebnis in Köln die dort die Partei führenden Anschauungen und Personen verantwortlich zu machen, fordert sofort den Hinweis auf Düsseldorf-Ost heraus, wo andere Anschauungen und Personen maßgebend waren, das Resultat aber kein besseres ist. Sachsen hat trotz großer Koalition — sie lebt dort heute noch — gut gewährt. Ebenso Bielefeld mit dem Spitzenkandidaten Severing.

Eine richtungspolitisch eingestellte Betrachtung der Wahlen bietet nach keiner Seite hin ein objektives Gesichtsfeld.

Für eine ernsthafte Untersuchung ergeben sich neben einigen psychologischen Momenten von geringerer Bedeutung drei Faktoren, die das Anschwellen der kommunistischen auf Kosten der sozialdemokratischen Stimmen erklären: für den engeren Bezirk um Köln und im Raderer Revier der verhängnisvolle und u. E. überflüssige Spruch des Reichskommissars Mehlisch über die Arbeitszeit der Bergarbeiter und die Verwendung von Polizei während des Streiks im rheinischen Braunkohlenbergbau. Die rheinische Sozialdemokratie hat ihrer Abneigung gegen die Entscheidung Mehlisch deutlich Ausdruck gegeben. Nicht aus Opportunismus, sondern aus innerer Notwendigkeit. Unter dem Einfluss der materiellen Wirkungen, die auf Grund der außergewöhnlich schlechten wirtschaftlichen Lage auch nicht durch den siebenwöchigen heldenhaften Kampf beseitigt oder auch nur gemildert werden konnten, fielen die Stimmen aber doch für die kommunistische Liste. Mehr aus Demonstration als aus innerer Ueberzeugung und aus der Bitterkeit heraus, die aus freudlosem Kampf vorerst die einzig erkennbare Reaktion auf das verbrecherische, größenwahnsinnige und aller geschichtlichen Notwendigkeit und Entwicklung höhnisch sprechende Machtgebot der rheinischen Braunkohlenherren ist. Dazu die Verwendung von Schusspolizei während des Streiks. Die Kommandos draußen im Revier waren der unmittelbaren und — wie allgemein anerkannt wird — energischen und zielsicheren Hand des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten entrückt. Es ist mancherlei vorgekommen, was den entscheidenden Protest unserer Genossen und der Parteileitung notwendig machte. Die Untersuchungen schweben noch, namentlich über die Schießerei vor der Chemischen Fabrik in Knapsack, die drei Arbeiterleben forderte.

Die Wahlkosten für die Fehler und Dummheiten der amtlichen Organe trägt die Sozialdemokratie. Obgleich den Wählern und den Kritikern bekannt ist, daß wir im besetzten Gebiet leben und daß die Exekutivorgane nur unter der Verantwortung, nicht aber unter der Initiative der deutschen Verwaltungsbehörden stehen. War so an sich schon die Situation keineswegs besonders günstig, sie wurde noch verschlechtert durch den Unfug der Mieterlisten. Die 25 000 Stimmen, die durch persönlichen Ehrgeiz, Strebertum und andere wenig angenehme Eigenschaften glatt verloren gingen, sind zum großen Teil die sozialdemokratischen Wähler gewesen. Die Mieterliste ist allerdings wie eine ganze Anzahl anderer Bewerber nur als vorübergehende Erscheinung und als Ausfluß der ungeheuren geistigen Verwirrung zu erklären.

Die Quelle des Übels liegt aber in dem traurigen Ende des Ruhrkampfes. Der damit verbundene wirtschaftliche Zusammenbruch traf mit ganzer, verheerender Schwere das besetzte Gebiet, und dort wieder die Territorien, in denen die Schwerindustrie daheim ist.

Wer hat im unbesetzten Gebiet einen wirklichen Begriff von der entsetzlichen Wucht, mit der die Folgen der Ruhraktion auf Volk und Land an Rhein und Ruhr herniedergerauscht? Das weiß niemand, der es nicht die Wochen und Monate tagtäglich erlebt!

Die wirtschaftliche Not, die nirgendwo grauenhafter hauste, ist maßgebend für das Resultat in ganz Rheinland und Westfalen. Dazu kommt der seit Jahren auf dem Gebiet lastende politische Druck. Aus diesen Ursachen hat sich eine Stimmung geformt, die sich bei der Wahl als weithin vernehmbarer Wut- und Verzweiflungsschrei Ausdruck verschaffte.

Dort, wo der Wahlkreis Köln-Aachen über die Besetzungsgrenze hinausragt, im Oberbergischen, also bei Gummersbach und an der Sieg, hat die Sozialdemokratie sich glänzend geschlagen. Dort wurden Wahlergebnisse erzielt, die sich den besten in ganz Deutschland würdig an die Seite stellen können. Und das gleiche Resultat erzielten wir, wo im besetzten Gebiet die wirtschaftlichen Folgen aus Mangel an großindustriellen Unternehmungen, also in den mehr ländlichen Gegenden, den südlich der Mosel, nicht in der ganzen brutalen Härte fühlbar waren. Es ist so, und keine noch so raffiniert ausgelegte Berechnung kann daran etwas ändern: Weder Personen noch deren taktische Einstellung zu den politischen Tagesfragen gaben bei der Wahl den Ausschlag, sondern die als alleinige Folge der Ruhrbesetzung übriggebliebene völlige soziale Zerrüttung und Zermürbung. Keine gepfeiferte Rede, keine noch so getreue Kopie kommunistischer Methoden hätte unter den im besetzten Gebiet herrschenden Verhältnissen daran das Geringste geändert.

Es scheint so, als ob kein Bezirk und keine Arbeiterkategorie vor dem Schicksal kommunistischer Sturzwellen verschont bliebe. Ueber das Rheinland sind sie jetzt hinweggebrandet. Sie werden bald wieder, wenn auch im besetzten Gebiet normalere Wirtschaftsverhältnisse eingetreten sein werden, wenn die Ricumverträge und der Zoll- und Verkehrsunfug vernünftigen, auf dem Boden realer Möglichkeiten gewachsener Abmachungen gewichen sind, verebben. Wieviel an wertvoller Aufbauarbeit der letzten Jahre aller-

dings dann weggeschwemmt sein wird, das ist jetzt noch nicht vorauszusagen. Jedenfalls muß die Politik der Partei darauf eingestellt sein, die im besetzten Gebiet zutage getretenen Ursachen des Wahlausgangs für unsere Partei zu beseitigen. Es muß gelingen, die Arbeiterschaft mehr als bisher für die außenpolitischen Probleme und deren Lösung im Sinne sozialdemokratischer Politik zu interessieren, wenn eine für sie notwendige Lösung der innerpolitischen Fragen erreicht werden soll.

Donnerstag, den 22. Mai 1924, abends 7 1/2 Uhr, im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, großer Saal:

Oeffentliche Protestkundgebung

gegen den Abbau des Oberstadtschulrats

Redner: Frau Oberschulrat Dr. Wegscheider, M. d. L. und Vertreter der Organisationen.

Eltern und Lehrer, erscheint in Massen!

Die Berliner Schulnotgemeinschaft.

Ruhrkampf und Volkswirtschaft.

Bochum, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Handelskammer in Bochum hat in einer Eingabe an die Reichsregierung auf die katastrophalen wirtschaftlichen und finanziellen Rückwirkungen der Stilllegung des Ruhrbergbaues hingewiesen. Die durch die Kreditnot bestehende allgemeine Finanzkrise habe durch die Bergarbeiterbewegung eine derartige Verschärfung erfahren, daß mit einer erheblichen Anzahl von Zahlungs einstellen zu rechnen sei, falls die augenblickliche Lage noch einige Tage fort-dauert.

Vierzehn Arbeitstage sind durch den von den Unternehmern provozierten Kampf um die Arbeitszeit im Kohlenbergbau bereits verloren gegangen. Jeder Tag hätte auf Grund der alten Lohnsätze 2,484 Millionen Goldmark nur an Löhnen unter die Masse gebracht, einen Betrag, der allein genügt hätte, eine starke Kaufkraft zu entfalten und so der Nachfrage nach anderen industriellen Produkten eine Stütze zu sein. Zweieinhalb Millionen Goldmark täglich, in zwölf Tagen also rundum 30 Millionen Goldmark insgesamt gingen an Kaufkraft der Industrie verloren, derselben Industrie, die unter dem Druck der Geldknappheit ächzt und stöhnt und die an dieser entscheidenden Stelle verhindert, daß eine echte, durch Güterproduktion begründete Nachfrage entstehen kann, eine Nachfrage und ein Antriebsmoment für den Geld- und Waren-umlauf zugleich!

Die frivole Haltung der Unternehmer wäre einfach unverständlich in einer Wirtschaft, die von Gemeinschaftsgeist getragen wäre. Nur die rücksichtslos auf Profit eingestellte privatkapitalistische Wirtschaftsform konnte einen solchen, seinem Inhalt nach ganz unsinnigen Kampf entstehen lassen, wie er sich hier abspielt. Hätten die Unternehmer von vornherein auf eine lokale Kompromißformel hingearbeitet, so wäre der Schiedsspruch am letzten Freitag unnötig und unmöglich geworden. Nicht eine Arbeitsstunde brauchte weniger geleistet, nicht eine Tonne Kohle weniger gefördert zu werden. Und nicht eine Maschine, nicht ein Schacht brauchte jetzt nutzlos brachzuliegen, Instandhaltungskosten verursachend und die ganze Volkswirtschaft belastend.

Dem es ging in der Tat nicht um diejenige Arbeitszeit, die in diesen Tagen geleistet werden soll — die Notwendigkeit von Ueberarbeit haben die Vergleute für die Dauer der Ricum-Verträge nicht bestritten. Statt der Ueberarbeit brachte aber der Schiedsspruch eine Festsetzung der Arbeitszeit, die auf eine Verewigung der Arbeitskündensicht, also auf die Preisgabe der Arbeiterforderungen hinauslief. Und diese Verewigung wurde unter dem Druck der Besetzung des Ruhrgebietes, die einstmals von den Ruhrindustriellen geradezu herbeigewünscht war, betrieben; jetzt sollte sie erpreßt werden.

So liegen jetzt bereits 4,3 Millionen Tonnen Steinkohle im Ruhrgebiet, die in der Zeit der erzwungenen Arbeitspause hätten gefördert und, soweit sie nicht vom Selbstverbrauch, von den Ricum-Lieferungen und den Deputaten in Anspruch genommen werden, dem Verkehr und Verbrauch hätten zugeführt werden können. Die 4,3 Millionen Tonnen Kohle stellen einen Verkaufswert von rund 8 1/2 Millionen Goldmark dar. Rechnet man den Selbstverbrauch usw. ab, so bleiben immer noch ca. 60 Millionen effektiver Verkaufswert. So groß ist die Einbuße am Volksvermögen, die die Haltung der Unternehmer herbeigeführt hat. Hätte man etwa Steuern in gleicher Höhe von ihnen verlangt — mit Entrüstung hätte man sie abgewiesen und sie gerade zur gegenwärtigen Zeit im üblichen Unternehmerjargon als einen Morbanschlag auf die Wirtschaft bezeichnet.

Der Kampf ist noch nicht zu Ende, die Summen schwellen von Tag zu Tag. Je länger aber der Kampf dauert, desto drastischer tritt in Erscheinung, daß die von den Unternehmern so grundfälschlich und überzeugt verkochene Notwendigkeit der Mehrarbeit diesen selbst gar nicht so ernst ist, wie man die Oeffentlichkeit glauben machen möchte. Jeder der 450 000 in den Kampf getriebenen Vergleute hat durch den Streik bereits mindestens 96 Stunden an Arbeitszeit verloren (die Uebertagearbeiter mehr); sie mußten feiern, anstatt Kohle zu Tage zu bringen. Wenn die Ueberarbeit so sehr notwendig ist, die für den Untertagearbeiter im Jahre 300 Arbeitsstunden ausmacht, warum wirkt man den Ertrag einer viermonatigen Ueberarbeit so kaltblütig vor die Hunde?

„Es lohnt sich nicht, der Betrieb ist nicht rentabel!“ — so lautet die Antwort der Unternehmer. Aber wenn der Betrieb nicht rentabel ist, so bringt der Stillstand der Rechen gleichwohl Verluste, Einbußen an Kreditzinsen, Zahlungen für Notstandsarbeiten usw. Wäre es dem Kohlenbergbau bisher so schlecht gegangen, wie er behauptet, so hätten die Unternehmer diese lange Dauer des Kampfes nicht ertragen können. Die Seraberrren haben alle ihre früheren Behauptungen dieser Art Lügen gestraft. Die Ueberschüsse mögen gering gewesen sein, hier und da mögen auch Verluste in einem Bergbaubetrieb zu verzeichnen gewesen sein. Frag-

los mögen einige notleidende Zechen sogar zeitweilig Verluste gehabt haben. Für die überwiegende Mehrzahl ist jedoch die Tatsache entscheidend, daß die Rentabilität der Kohle seit Jahren nicht mehr im Zechenbetrieb, sondern bei der Kohlenverarbeitung der Eisen erzeugenden und der chemischen Industrie liegt. Und das ist vielleicht die wirkliche Triebkraft für die Unternehmerprovokation: Weil infolge der allgemeinen Produktionskrise der Eisenabfab und der Absatz chemischer Produkte stocht, ist ihnen die Stilllegung des Kohlenbergbaues mit seinen Beiseitwirkungen gar nicht so unerwünscht. Man schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe, indem man die Gewerkschaften und ihre berechtigten sozialen Forderungen für den Bergbau bekämpft und indem man gleichzeitig die Quelle der Warenerzeugung, die Urstoffproduktion abschneuert. Diesem gemeinschädlichen Bestreben muß entgegengetreten werden. Das ist jetzt die wichtigste Aufgabe der Schlichtungsorgane. Die Wiederaufnahme der Arbeit nach einer vernünftigen Regelung zu hintertreiben, wie es die Kommunisten schon jetzt vorbereiten, wäre direkt ein Dienst am Unternehmertum.

Immer größer wird der Kreis der vom Kampf betroffenen Betriebe, die infolge von Kohlenmangel stillliegen. Gleichzeitig untergräbt der Verlust an Kaufkraft infolge der Stilllegungen den Warenmarkt; auch scheinbar uninteressierte Betriebe müssen aus Mangel an Nachfrage stilllegen. So wird der Verlust, den die Volkswirtschaft durch das Brachliegen des Kohlenbergbaues erleidet, auf die Gesamtheit der Werk-tätigen abgewälzt.

Und der Unsinn der kapitalistischen Wirtschaftsweise tritt in seiner ganzen Grausamkeit zutage.

Wer ihn bekämpfen will, der gibt für die kämpfenden Bergarbeiter!

Vom Trust zum Staatsubventionär.

Die Mansfeld A.-G. ist einer der ersten großen Trusts, der dem Krisenortan zum Opfer fällt. Seit langem wußte man um den schlechten Finanzstatus von Mansfeld und von den sofort nach dem Erwerb durch die Herzfeldgruppe eingehenden Versuchen, die Verzinsung der viel zu hohen Uebernahmestimmen durch ungeheuerlichen Lohndruck und Verlängerung der Arbeitszeit herauszupressen. Aber selbst die nahezu mittelalterlichen Ausbeutungsformen haben den Betrieb nicht rentabel gestalten können, sodaß man jetzt die Stilllegung aller der Kupferproduktion dienenden Betriebe vornehmen zu müssen glaubt, während alle anderen von der Mansfeld A.-G. bewirtschafteten Unternehmungen, wie Kollietriebe, Braunkohlengruben, Stromerzeugung, landwirtschaftliche und Forstbetriebe, als „rentable“ Betriebe weitergeführt werden sollen. Auf den gegen die Stilllegung erhobenen Einspruch hat die Mansfeld A.-G. es sogar fertiggebracht, die zum Absterben verurteilten reinen Kupferproduktionsbetriebe dem preussischen Fiskus zum Erwerb freundschaftlich anzubieten. Wir registrieren mit Bewunderung, daß der Fiskus im vollen Besitze seiner geistigen Kräfte diese „Selbstlosigkeit“ der braven Mansfeld-Aktionäre ablehnte. Aus Gründen der Sachlichkeit verbietet sich hier ein weiteres Eingehen auf diesen Punkt.

Die Mansfeld A.-G. selbst führt ihre schlechte Lage auf die niedrigen Kupferpreise zurück. Zweifellos sind die Preise nicht zu hoch. Dazu kommen die hohen Kosten, Frachten, steuerliche Belastung und die Ricum-Verbindungen, die im April für die Zeche Mansfeld allein 300 000 Mk. ausmachten. Die Bankschulden wuchsen so auf 14 Goldmillionen an und konnten nur durch teilweisen Verkauf der Zeche „Sachsen“ auf 8 Millionen herabgedrückt werden; trotzdem verjagten die Banken weitere Kredite. Für die Mansfeld A.-G. treffen so alle Merkmale der Kreditkrise zu, die sich automatisch in eine Produktionskrise verwandelt. Die während der Verhandlungen von einzelnen Teilnehmern gegebene Anregung, die ergebnigen Förderbetriebe aufrecht zu erhalten und nur Teilstilllegungen vorzunehmen, wurde von der Gesellschaft als unmöglich abgelehnt, „da die Aktionäre bereits tatsächlich ihr Aktienkapital verloren haben“. Auch für einen allmählichen Abbau ist Mansfeld A.-G. nicht zu haben. Sie erwartet eine Rettung nur von einer Kupferpreishauffe. Da diese unwahrscheinlich ist, droht die Gesellschaft, falls die verlangte Landes- bzw. Reichshilfe an Kredit, Steuerermäßigung und Frachtenberabsetzung nicht eintritt, 18 032 Arbeiter, Angestellte und Beamte aufs Pflaster zu werfen. Eine anderweitige Unterbringung dieser Menschen ist nach Mitteilung der privaten und amtlichen Stellen unmöglich. Zu den direkt Betroffenen treten weitere 27 641 Familienangehörige, so daß insgesamt 45 673 Personen durch die Stilllegung in Mitleidenschaft gezogen werden. Die damit hereinbrechende Katastrophe wird natürlich auch Handel und Gewerbe befallen und eine Unzahl Existenzen in den Mansfelder Landen und Grenzgebieten vernichten. Interessant ist, daß die Gesellschaft offiziell betont, die Arbeiterschaft hat alles getan, um den Betrieb aufrechtzuerhalten und selbst eine Lohnreduzierung könne keine Besserung der Lage bringen.

Dazu wird uns von gut informierter Seite u. a. folgendes geschrieben: „Daß eine Katastrophe durch den Zusammenbruch des Mansfelder Trusts verhindert werden muß, ist klar. Der 29. Mai ist von der Mansfeld A.-G. als endgültiger Stilllegungstag bestimmt worden. Die in der bürgerlichen und kommunistischen Presse aufgestellten Behauptungen, daß die Reichshilfe durch die Regierungsstellen, unter Vorbehalt der Nachprüfung der Verhältnisse bei der Mansfeld A.-G. bereits zugesagt sei, haben eine amtliche Bestätigung bisher nicht erfahren. Bemerkenswert ist auch, daß neben der bürgerlichen Presse, die lästern den Versuchsdasson der „Reichshilfe“ hieß, die SPD. wütend über die Hilfsaktion herfällt, und mit den üblichen Verleumdungen die beteiligten Gewerkschaften beschimpft. Die Oeffentlichkeit ist daher an der Feststellung interessiert, daß auch die beiden der SPD. angehörenden Mitglieder der Arbeitervertretung der Mansfeld A.-G. sich mit den übrigen solidarisch auf den Boden der geforderten Unterstützungsaktion gestellt haben. Sie haben auch an den Zentralverhandlungen mit den Reichs- und Landesbehörden teilgenommen. Das Vorgehen der Mansfeld A.-G. bedeutet für Zehntausende Hunger und Not. Aufgabe einer wirklichen Arbeiterpolitik ist deshalb, dahin zu streben, die Katastrophe zu vermeiden, die kapitalistische Rücksichtslosigkeit und Kurzsichtigkeit herbeigeführt hat.“

Lage des Arbeitsmarktes.

In den letzten Wochen hat sich die allmähliche Zunahme der Beschäftigung der meisten Industrien fortgesetzt, aber der Geschäftsgang vollzog sich unter erschwerten wirtschaftlichen Bedingungen. Die Berichte von Handelskammern, wirtschaftlichen

Jahresberichten, Landesämtern für Arbeitsvermittlung sowie die besonderen Meldungen von rund 2000 einzelnen Industriebetrieben über die allgemeine wirtschaftliche Lage an die Reichsarbeitsverwaltung sind in dem eben erschienenen „Reichsarbeitsblatt“ vom 16. Mai d. J. in dem Monatsbericht „Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage“ zusammengefasst. Sie zeigen deutlich, daß bei den derzeitigen Bedingungen der deutschen Volkswirtschaft die jüngste günstigere Entwicklung des Arbeitsmarktes eine bessere Wirtschaftslage nicht ohne weiteres beweist. Durch das diesjährige späte Einsetzen der Frühjahrswitterung vermochte die Landwirtschaft und zumeist auch das Baugewerbe den deutschen Arbeitsmarkt im April stärker als in den Vormonaten zu entlasten. In den meisten Zweigen der Industrie steigerte sich zwar im April-Mai der Auftragseingang noch weiter, aber gleichzeitig mehrten sich auch die unglücklichen Anzeichen der wirtschaftlichen Lage. Die Zahlungseingänge wurden schlechter, die Reichsbank mußte die Kreditgewährung einschränken (7. April), und damit wurde die Nachfrage nach Kredit bei den privaten Geldgebern dringlicher, und die Kreditfische erhöht sich weiter. Hierzu kam für viele Industriezweige eine Zunahme der Herstellungskosten infolge einer Verteuerung der Rohstoffe und Halbfabrikate. Vor allem konnte sich die schwere Gefahr, welche der deutschen Volkswirtschaft aus den dauernden hohen Aufwendungen für die Einfuhr erwächst, im April nicht mindern, weil sich der Auslandsbilanz auch in den letzten Monaten nicht besserte.

Der Kapitalmangel wirkte sich besonders in der Metall- und Maschinenindustrie wie in der Textilindustrie dahin aus, daß vielfach im Erteilen neuer Aufträge zurückgehalten wurde. Ein völliger Wandel beginnt sich zu vollziehen. Der Unternehmer stellt nicht mehr so früher in Zeiten lebhaftesten Geschäftsganges spätere Liefertermine, sondern legt sich wesentlich früher fest, um einen schnelleren Kapitalumschlag zu erzielen. Der Produktionsprozess wird zum Teil durch vermehrte Einstellung von Arbeitskräften beschleunigt (im Maschinenbau: Zunahme der Beschäftigten im April gegen Vormonat um 4 Proz.). Umgekehrt versuchen die Besteller Abnahme- und Zahlungstermine hinauszuschieben und widerrufen selbst erteilte Bestellungen, wie jetzt zum Teil in der Textilindustrie.

Es muß unter all diesen Umständen vorsichtig bewertet werden, wenn die Zahl der unterfügten Erwerbslosen in der Zeit vom 15. April bis 1. Mai im unbefreiten Gebiet neuerdings eine nicht unerhebliche Abnahme, nämlich von rund 470 000 auf 307 000 erfahren hat.

Die Gesamtberichte über den deutschen Arbeitsmarkt werden dadurch stark in ihrem Werte beeinträchtigt, daß sie zu spät erscheinen. Die in obigem Bericht erwähnte Zunahme der Beschäftigung hat, wie sich aus einer Reihe von Einzelberichten mehrerer Landesarbeitsämter verschiedener Gegenden ergibt, bereits einem Rückgang der industriellen Tätigkeit Raum gemacht. Solche Meldungen liegen u. a. aus dem Rheinlande und aus Schleswig-Holstein vor.

Die Arbeitsmarktlage in Berlin.

Auf dem Arbeitsmarkt machen sich bereits Anzeichen bemerkbar, daß infolge der überall herrschenden Kapitalnot die Aufnahmefähigkeit der Industrie nachläßt. Im allgemeinen ist zwar noch eine gute Vermittlungstätigkeit zu verzeichnen. In einzelnen Berufsgruppen, besonders in der Metall- und Holzindustrie, blieb die Nachfrage nach Spezialkräften sogar zum Teil noch ungedeckt. Für ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen ist jedoch der Zugang Arbeitslosender größer, als die erteilten Aufträge. Bemerkenswert ist auch in dieser Hinsicht die Tatsache, daß sich in gewissem Grade wieder Ehefrauen um Erwerbsmöglichkeiten bemühen. Ob der Höhepunkt der günstigen Konjunktur bereits überschritten ist, läßt sich allerdings gegenwärtig nicht sagen, da nicht festgestellt werden kann, inwieweit die Auswirkungen der Differenzen in den Bergbaubezirken und andere Umstände auf das Wirtschaftsleben im Bereiche des Landesarbeitsamtes Berlin sich fühlbar gemacht haben. Es waren 86 810 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen gegen 90 857 der Vormonate. Unterstützung bezogen insgesamt 25 990 (27 176) Personen. Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflichtarbeiten Ueberwiesenen betrug 1903 gegen 2066 der Vormonate.

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.

Ueber die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt ließ sich der bekannte Industrielle Dr. Guggenheimer in einer Veranstaltung der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft vernennen. Nach seiner Auffassung ist das Sachverhältnismäßigkeitsgutachten hinsichtlich der Leistungsfähigkeit Deutschlands viel zu optimistisch, wenn es auch anerkennt, daß für die Reparationsleistungen lediglich der Ausführungsbeschleunigung in Frage komme. Durch den Krieg sind Deutschlands Absatzmärkte wesentlich vermindert worden. Überall sind im Ausland für die verschiedensten Industriezweige eigene Fabriken entstanden. Unsere Zahlungsbilanz ist durch die Verminderung der Dienste, die uns die Handelsflotte und unsere Auslandsvertretungen leisten, im Gegensatz zu früher fast dauernd passiv. Überall werde die deutsche Industrie durch die ausländische Konkurrenz wesentlich unterbunden. Trotzdem seien eine ganze Anzahl von Gründen, die die Ausfuhr Deutschlands im vorigen Jahre behinderten, inzwischen gegenstandslos geworden. Dazu rechne er die Aufhebung der Ausfuhrabgaben, die Verminderung der Frachten und die Aufhebung der Kohlensteuer.

Die Tatsache, daß in Deutschland viel zu geringe Löhne gezahlt werden und daß die deutsche Industrie im Hinblick auf diese geringen Löhne in Verbindung mit einem relativ hohen Stand der Technik mit dem Auslande in erfolgreichen Wettbewerb treten könnte, verfuhr der Vortragende dadurch zu widerlegen, daß er die Löhne der einzelnen Länder mit dem Lebenshaltungsindeks in Beziehung setzte, obwohl für die Berechnung der Preise lediglich der tatsächliche gezahlte Lohn und nicht irgendeine Beziehung des Lohnes zu den inneren Verhältnissen der betreffenden Länder in Frage kommt. Sehr hübsch war der Hinweis darauf, daß die In-

dustriewirtschaft nicht mehr die Vorteile der Inflationsperiode bei der Steuerzahlung genießen könne. Heute müßte sie Steuern auf Heller und Pfennig bezahlen und gerade die Steuer erschwere außerordentlich die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, denn sie bedinge eine ziemlich hohe Risikoprämie. Dr. Guggenheimer betonte, daß er „grundsätzlich“ kein Gegner des Achtstundentages sei, aber die „schematische Anwendung“ des Achtstundentages bringe eine verschwendende Nichtausnutzung der Betriebsanlagen und Vermehrung der unproduktiven Arbeiten mit sich. Es ist dieselbe kurzfristige Argumentation der Industrie, die von uns wiederholt bekämpft wurde. Die deutschen Industriellen mögen die technischen Einrichtungen, die sie haben, in ihren Betriebsorganisationen für gut halten, das sollte aber niemals ein Hinderungsgrund dafür sein, sie noch besser zu gestalten, um so die angeleglichen Schäden, die durch den Achtstundentag der Industrie zugefügt werden, zu beheben. Für die Industrie verlange Guggenheimer vollkommene Freiheit, sonst könnte es tatsächlich dahin kommen, daß die technischen Einrichtungen nicht auf der wünschenswerten Höhe bleiben. Eine höchst merkwürdige Drohung.

Das Selbstkaste an Guggenheimers Ausführungen war der Schluß. Er erklärte, daß wir jetzt nur an die Stärkung unserer Wirtschaft denken dürften, daß es aber unserer Enten vorbehaltlich bleiben würde, vielleicht auch mit anderen Mitteln, d. h. mit der Faust, die nicht nur den Hammer, sondern auch das Schwert zu schwingen vermag, den Absatz der deutschen Waren zu erzwingen. Es ist immerhin erfreulich, daß auch Herr Guggenheimer für die lebende Generation einen Krieg ablehnt und daß er erst die zukünftige für so dumm hält, mit der gleichen imperialistischen Politik, die uns schon einmal ins Elend geführt hat, das gleiche Elend über die Menschheit zu bringen, unter dem wir heute leiden.

Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften.

Der Jahresbericht des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine, dem 144 Genossenschaften der Provinzen Brandenburg, Pommern, Grenzmark, Ost- und Westpreußen angehören, ist jetzt zum Verband gekommen. In wenigen Sätzen weist der Bericht auf die Ursachen des ungeheuren Verfalls unserer Volkswirtschaft hin und faßt die Einwirkungen dieses Verfalls auf die Konsumgenossenschaften wie folgt zusammen:

„Wie eine herabgehende Lawine mit jedem Augenblick an Kraft zunimmt und alles mit in die Tiefe reißt, was ihr im Wege steht, so wirkte auch die Geldinflation auf die letzten Glieder unserer Warenversorgung ein und haben auch die Konsumgenossenschaften immer erneuten, Tag zu Tag erhöhten Substanzverlust erlitten.“

Ungeheuer schwer lasteten die Folgen der Ruhrbefegung und die dadurch andauernd steigende Geldinflation auf der letzten Schicht des Warenverbrauchs auf der großen Masse der Verbraucher. Hunderttausende vernichtete Existenzen, Millionen Arbeitslose und eine zerrüttete Privat- und Staatswirtschaft blieben die Opfer des Kampfes, den ein unterdrücktes Volk gegen blindwütende Gewalt führte. Betriebsstillegungen, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Abbau der schon ungenügenden Einkommen, verminderte Kaufkraft, das sind die Gefahren, die die Verbraucherschaft durchgehen mußte und die in einem allgemeinen Elend endeten.“

Die Zahl der Verbandsgenossenschaften von 141 zu Beginn des Kalenderjahres ist auf 144 zum Schlusse des Jahres gestiegen. In Rücksicht auf die Zeitverhältnisse wurden in der Statistik nur Genossenschaften mit über 400 Mitgliedern aufgenommen. Von den 120 in Betracht kommenden Verbandsgenossenschaften haben 117 berichtet, die insgesamt eine Mitgliederzahl von 380 989, gegen 335 943 im Vorjahre, hatten. Unter Berücksichtigung der Mitgliederzahlen der kleineren Genossenschaften mit 8578 beträgt die Zunahme der Mitglieder 16 Proz., während diese im Vorjahre nur 14,4 Proz. betrug.

Die Zahl der Verteilungsteile ist von 682 auf 732 gestiegen, und ferner wurden 31 Zentrallager unterhalten. Als äußerst wirksamer Gradmesser für die günstige Entwicklung der Konsumgenossenschaften ist die bedeutende Zunahme der beschäftigten Personen in der Warenverteilung anzusehen. Es wurden 4224 Angestellte, gegen 3531 Angestellte, beschäftigt; es ist demnach eine Vermehrung der beschäftigten Angestellten um 19,6 Proz. eingetreten, während die Zunahme im Vorjahre nur 4,8 Proz. betrug.

Die vorstehend wiedergegebene Entwicklung der Konsumgenossenschaften des Verbandes im letzten Jahre läßt erkennen, daß sie durch die vorherrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse stark beeinträchtigt wurde, aber nicht unterbunden werden konnte. Das ist der beste Beweis für die Lebenskraft des Genossenschaftsgedankens. Die Genossenschaften haben unter der Inflation wohl stark gelitten, doch ist die Mitgliederzahl erheblich gestiegen, so daß die Grundlage erhalten geblieben ist, auf der die Genossenschaften neu aufbauen können. Dieser Aufbau muß aber jetzt mit allem Nachdruck betrieben werden und müssen besonders die Mitglieder dazu beitragen, daß die finanzielle Schädigung der Genossenschaften schnellstens behoben wird, um die alte Leistungsfähigkeit wieder zu erlangen bzw. dieselbe noch zu steigern. Dazu gehört aber, daß die Mitglieder ihren ganzen Bedarf in ihrem eigenen Unternehmen tätigen und durch Beschlüsse in den Generalversammlungen die Geschäftsanteile auf eine ausreichende Höhe bringen.

Gegen die Handhabung der Geschäftsaufsicht.

Die bisherige Handhabung der Geschäftsaufsichtsverordnung führt dazu, daß wirtschaftlich schwache Unternehmungen sich lange Zeit mit dem staatlichen Schutz gegen ihre Gläubiger über Wasser

halten können auch dann, wenn sie infolge falscher geschäftlicher Dispositionen auf die Dauer zahlungsunfähig bleiben. Die geschäftliche Unsicherheit wächst so mit jedem Tage. Infolgedessen mehren sich die Stimmen, die eine Einschränkung der Geschäftsaufsicht und ihre Reform verlangen. So hat sich die Industrie- und Handelskammer zu Berlin in ihrer letzten Vollversammlung mit den Wünschen der Geschäftsaufsicht beschäftigt und beschlossen, eine schleimige Klage über den jetzigen Verhältnissen nicht mehr angelegentlich Bestimmungen zu beantragen. Sie tritt dafür ein, daß eine stärkere Berücksichtigung der Gläubigerinteressen stattfindet; hierzu fordert sie namentlich:

1. daß über jede Einsetzung einer Geschäftsaufsicht eine amtliche Veröffentlichung erfolgen wird,
2. daß über jeden Antrag, dem ein genauer Status beizufügen ist, in allen Fällen eine amtliche Handelsverteilung gehört wird,
3. daß über die Einsetzung der Geschäftsaufsicht und über die Auswahl der Aufsichtspersonen, welcher besondere Sorgfalt zuzuwenden ist, unter Mitwirkung der Gläubiger Beschlüsse gefaßt wird,
4. daß der Aufsichtsperson nach Möglichkeit ein Gläubigeranspruch zur Seite gestellt wird,
5. daß spätestens nach Ablauf eines Vierteljahres nach Einsetzung der Geschäftsaufsicht eine Gläubigerversammlung einberufen und, sofern diese nicht die Fortdauer der Geschäftsaufsicht wünscht, die Geschäftsaufsicht aufgehoben wird.

Zusammenschluß der luxemburgischen Textilindustrie und des Textilgroßhandels. Die Textilindustriellen und Textilgroßhändler Luxemburgs haben, wie der dortige Korrespondent des „Konfektionär“ berichtet, zwecks Wahrnehmung ihrer Interessen einen Spitzenverband unter dem Namen: „Syndicat La Textile Luxembourgeoise, Luxembourg“, gegründet.

Das Schloß der Arbeiterjugend.

Schloß Tännich, 20. Mai. (Eigener Bericht.)

Hier hat die Sozialistische Arbeiterjugend sich ein neues Kulturzentrum geschaffen — das erste Reichsferienheim. Es ist mehr als das. Aus allen Ecken Deutschlands soll das ganze Jahr über hierher die Jugend teils zum unentgeltlichen, teils zu billigem Aufenthalt zusammenströmen, um für ihre eintönige Berufsarbeit neue Kraft zu schöpfen und für ihre geistige Werte schaffende Arbeit unter Jugend neuen Antrieb und neues Rüstzeug zu erhalten. Kurze mannigfacher Art sollen in geschlossener Arbeitsgemeinschaft Führer für längere Zeit zusammenfassen. Auch die alten Genossen, Freunde der Jugend, können sich hier von der Alltagsqual und Mühe an dem sprudelnden Born der Jugend laben. Eine Jugendherberge, für die gesamte wandernde Jugend bestimmt, soll die Liebe und Freundschaft allen Menschen — zu ihr rief Westphal in seiner Ansprache die Arbeiterjugend auf — bezeugen.

Der Einweihung dieses Heims der Sozialistischen Arbeiterjugend war der zweite Tag der Reichskonferenz gewidmet. Vergessen waren die leidenschaftlichen politischen Auseinandersetzungen des vorhergegangenen Tages, die ungeteilte Anerkennung für die kulturelle Arbeit des Hauptvorstandes kam hier nicht durch Worte, doch in den leuchtenden Augen und den freudig rhythmisch schlagenden Herzen zum Ausdruck. Zuerst eine Stunde Schmalzpurbahn bis Berka, dann 12 Kilometer zu Fuß nach Schloß Tännich, spielend und singend zurückgelegt, und endlich die freundliche kurze Begrüßung durch den Verwalter, Genossen Heinz. Er sprach mit Goethe: „Warum stehen Sie davor, ist nicht Tür da und Tor? Kommen Sie getrost herein, sollen wohl empfangen sein.“ Ein kurzer Gang durch die freundlichen Räume der Schlafzimmer mit den weißbezogenen Betten, durch das Beizeimmer mit seinen vom Hauptvorstande gestifteten Stühlen und mit der auch von ihm stammenden Uhr, durch den Festsaal, dessen Wände von Wasserhand mit einem tiefdurchdringenden Gemälde geschmückt sind. Es schildert den schmerzlichen Aufstieg des Arbeiters, durch Maschinenbeschäftigung und Kriensqual, von Finsternis zum Licht, vom Leid zur Freude. Um 1 Uhr findet im prächtigen Park, bei Kaffee und Kuchen die Uebergabe des Ferienheims an den Verband des S.A.D. statt. Ein hübscher, von einem Festgenossen schnell verfaßter Vorspruch leitet die kurze Feier ein. Genosse Westphal dankt dem Hauptvorstand, den Beisefelder und Thüringer Genossen und allen, die bei dem Entstehen des Werkes mitgeholfen haben. Als Leiter des Zweigbezirks des Verbandes deutscher Jugendherbergen gibt der Lehrer Leising seiner Freude darüber Ausdruck, daß hier eine neue Jugendherberge geschaffen ist; die Sozialistische Arbeiterjugend ist stets die energische Vorkämpferin der Jugendherbergbewegung gewesen. Der frühere Ministerpräsident Thüringens, Genosse Frölich, bedauert, daß das Werk von den Thüringer Genossen nicht zu Ende geführt werden konnte. Solange die Sozialdemokratie im Lande die Macht hatte, baute sie am Kulturwerke des Proletariats. Nun baut die Reaktion alles ab. Er ermahnt die Jugend, auch in späteren Jahren ihren Ideen treu zu bleiben und ruft ihr zu: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Die Uebergabe ist vollzogen, in Tanz und Spiel bleibt man zusammen. Ein Teil der Anwesenden will schon diese Nacht die Gastschuldigkeit des Ferienheims in Anspruch nehmen. Die Bewohner der benachbarten Dörfer lauschen dem fröhlichen Spiel der Jugend.

So findet die Reichsjugendkonferenz ihren Abschluß. Es gab harten Kampf der Meinungen, es gab freudige Bejahung des sozialistischen Kampfes und sozialistischer Lebensgemeinschaft. Schloß Tännich soll eine Stätte der Erholung vom Kampf, eine Stätte der Pflege wahrer Gemeinschaft werden.

DE THOMPSON'S SCHWAN-MARKE SEIFENPULVER

WASCHE MIT Dr. Thompsons Seifenpulver

Garantiert unschädlich

Hautjucken, Flechten, offene Füße (Krampfadern) auch veraltete Wunden heilt die milde und wohltuende, seit Jahrzehnten bewährte San-Rat Dr. Strahl's Haussalbe. In Original-Dosen erhält: Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74, am Dönhofpl

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	13,00—16,50	Malkaffee, gepackt	22,00—24,00
Hafergrützen, lose	13,00—15,75	Röstgetreide, lose	16,50—19,00
Haferflocken, lose	14,75—15,50	Kakao, fettarm	100,00—115,00
Hafergrützen, lose	15,50—16,25	Kakao, leicht entölt	115,00—130,00
Roggenmehl 0/1	11,25—12,75	Tea, Seachon, gepackt	350,00—400,00
Weizengries	17,25—18,75	Tea, indischer, gepackt	425,00—500,00
Hartgrieß	21,75—25,50	Inlandszucker basis mel.	37,50—39,00
Maisgrieß	—	Inlandszucker Raffinade	39,50—41,75
70% Weizenmehl	13,25—15,00	Zucker Würfel	44,50—46,75
Weizen-Auszugmehl	15,00—21,00	Kunsthonig	35,00—35,50
Speiseerbsen, Viktoria	16,75—20,00	Zuchersirup hell in Elm.	41,50—45,00
Speiseerbsen, kleine	12,75—15,00	Speisesirup dunk. in Elm.	28,00—32,00
Bohnen, weiße, Fert.	21,00—24,00	Marmelade Einf. Erb.	95,00—110,00
Langbohnen, handverles.	27,00—30,50	Marmelade Vierfrucht	40,00—45,00
Linzen, kleine	24,00—32,00	Pflaumenmus in Elmern	46,00—44,00
Linzen, mittel	33,00—39,00	Steinsalz, lose	3,10—3,70
Linzen, große	41,00—46,50	Siedesalz, lose	4,00—4,70
Kartoffelmehl	18,75—21,00	Bratenschmalz in Tierces	63,50—64,50
Makkaroni	38,50—44,50	Bratenschmalz in Kübeln	65,00—66,50
Makkaronimehl	35,00—37,00	Purelard in Tierces	63,00—64,50
Schnittmehl, lose	19,00—23,00	Purelard in Kisten	62,00—64,00
Bruchreis	14,50—16,75	Speisetaig in Packung	50,00—53,00
Rangoon Reis	16,50—18,25	Speisetaig in Kübeln	48,00—50,00
Tafelreis, glasirt, Patna	24,00—31,00	Margarine, Handelsm. I	58,00
Tafelreis, Java	30,50—36,00	desgl. II	52,00—55,00
Ringelreis, amerik.	84,00—88,00	Margarine, Spezialm. I	76,00
Getr. Pflaumen 90/100	42,00—45,00	desgl. II	61,00—65,00
Pflaumen, entsteint	50,00—55,00	Margarine III	45,00—48,00
Cal. Pflaumen 40/50	70,00—75,00	Molkereibutter I. Fässern	194,00—200,00
Rosinen in Kisten, Candia	70,00—82,00	Molkereibutter in Pack.	200,00—205,00
Sultaninen Caraburus	72,00—90,00	Landbutter	160,00—165,00
Korinthen, choice	72,00—78,00	Auslandbutter in Fässern	194,00—200,00
Mandeln, süße Bari	145,00—155,00	Auslandbutter in Pack.	200,00—205,00
Mandeln, bittere Bari	135,00—150,00	Corned beef 12½ lbs p. K.	33,00—36,00
Zimt (Cassia)	106,00—115,00	Speck, gesalzen, fett	62,00—72,00
Kümmel, holländischer	125,00—130,00	Quadratkäse	22,00—35,00
Weißer Pfeffer	90,00—105,00	Quarkkäse	35,00—50,00
Weißer Pfeffer	135,00—150,00	Thaiser Käse, vollfett	105,00—115,00
Rohkaffee Brasil	180,00—230,00	Ausl. ungezuck. Condens-	—
Rohkaffee Zentralamerika	300,00—350,00	milch 4½/16	28,75—29,50
Rohkaffee Brasil	240,00—290,00	Inländische desgl. 4½/12	17,50—18,50
Röstkaffee Zentralam.	300,00—350,00	ink. gez. Condensm. 4½/14	27,00—28,00

Heutige Umrechnungszahl 1000 Millidarm.



Cavalin an Sommertagen schafft unendliches Behagen.

Der Streupuder gegen Schweiß und dessen Wirkungen. — Für Sport und Wanderung.

Güßstoff (part teuren) Zucker!

herborragend bewährt bei:

Jogaal Gicht, Grippe, Rheuma, Nerven- und Ischias, Kopfschmerzen.

Jogaal stillt die Schmerzen und scheidet die Gärnläure aus. Russisch erprobt. — In allen Apotheken erhältlich. Best. 64,7%, Acid. acet. salic., 8,100%, Chinin, 12,0%, Lithium ad 100 Amylum